Nr. 204 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zł. Dienstag, den 6. September 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 9. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). :—: Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. :—: Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Zaleski über Polens Außenpolitik

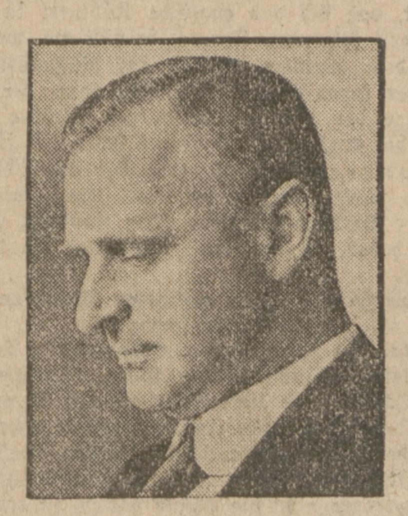
Die polnisch-russischen Beziehungen — Ministers. Beck pivate Reise — In Erwartung der Konferenz von Stresa — Was die amerikanischen Präsidentenwahlen bringen sollen

Warschau. Im Zusammenhang mit den deutschen Gleichberechtigungsforderungen im Rüstungsausgleich, benutzte Außenminister **Zaleski** die Gelegenheit, um der Presse den polnischen Standpunkt zu den deutschen Forderungen darzulegen. Wie bekannt, hat der französische Botschafter das polnische Außenministerium aufgesucht und von der deutschen Denkschrift Polen Mitteilung gemacht. Der polnische Außenminister Zaleski sprach sich **gegen** die deutsche Forderung aus und verwies hierbei, daß Polen vollkommen den Standpunkt Frankreichs teile, zumal es auch noch durch ein **besonderen Vertrag** mit Frankreich gebunden sei, daß beide Staaten in solchen Fragen **gemeinsame Schritte** unternehmen. Anschließend daran gab der Außenminister der Korrespondenz der Obersiengruppe „**Iskra**" eine längere Erklärung über die **außenpolitische Lage Polens**, die auch im Radio übertragen wurde. Der **polnisch-russische Pakt**, so erklärt der Außenminister, ist keine Ueberraschung, da seine Vorbereitungen weit zurückliegen und im Einvernehmen mit Frankreich **abgeschlossen** wurde. Der Kelloggpakt und die Völkerbundsthesen bieten noch immer **verschiedene Lücken**, die durch den Nichtangriffspakt ausgefüllt werden sollen. An diesen polnisch-russischen Pakt sollen sich noch andere Abkommen mit befreundeten Mächten anschließen.

Polens Augenmerk ist auf die **Konferenz in Stresa** gerichtet, die das Agrarproblem Europas zur Lösung bringen soll. Der polnische Außenminister hofft, daß die dort unterbreiteten Vorschläge den **polnischen Wünschen gerecht werden**, da davon die Gesundung Europas abhängt. Allerdings werde man diese erst übersehen können, wenn die **amerikanischen Präsidentenwahlen abgeschlossen sind**, denn ohne amerikanische Hilfe und Stabilisation könne auch Europa die Krise nicht beseitigen. Was die Reise des Vizeministers Beck betrifft, so erklärt Zaleski, daß alle Vermutungen hier übertrieben werden, da es sich um eine ausgesprochene **Privatsache** handelte.

Polen rechnet nicht mit kategorischer Ablehnung

Warschau. Von halbamtlicher polnischer Seite wird versichert, daß die Warschauer Regierung zu der deutschen Niederschrift über die **Rüstungsgleichberechtigung** ganz entschieden „**negativ**" Stellung nehmen werde. Die gleiche Einstellung erwarte Polen von seinem französischen Bundesgenossen. Polen erinnert Frankreich offenbar aus mangelndem Selbstbewußtsein heraus an den Artikel 1 des Bündnisvertrages, in dem es heißt, daß Frankreich in allen **außenpolitischen** Fragen, die beide Staaten interessieren, im Einvernehmen mit der polnischen Regierung handeln werde. Man scheint sich also des französischen Bundesgenossen nicht mehr ganz sicher zu sein und rechnet auch nicht mit einer kategorischen Ablehnung der deutschen Forderung. Diesem Gedanken gibt die halbamtliche „Gazeta Polska" Ausdruck.



Oberbürgermeister Goerdeler Ministerpräsident eines Koalitions-Kabinetts in Preußen?

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der ehemalige Preisabbau-Kommissar, wird jetzt als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Preußen genannt, auf den als neutrale Persönlichkeit sich das Zentrum und die NSDAP geeignet haben sollen. Dr. Goerdeler soll gleichzeitig das Finanzministerium übernehmen, während die übrigen Amtsgeschäfte des Kabinetts von vier Ministern wahrgenommen werden sollen.

Vor der Auflösung des Danziger Volkstages

Danzig. Auf einem **Braunhemden-Tag** in Danzig nahm am Sonntag Stabschef Röhm über 3500 SA-Leute die Parade ab und überbrachte die Grüße Hitlers. Nach ihm sprach Prinz **August Wilhelm**, der erklärte, die Deutschnationalen wollen im Reich jetzt ernten, was die Nationalsozialisten gesät hätten. Schließlich gab der Danziger Gauleiter der NSDAP, **Forster** bekannt, daß die Nationalsozialisten die Regierungskoalition in Danzig (Deutschnationale, Block der nationalen Sammlung und Zentrum) in Zukunft nicht mehr unterstützen würden, sondern eine **Neuwahl des Danziger Parlaments verlangten**. Ein entsprechender Antrag werde bereits in der kommenden Woche gestellt werden.

Deutschlands Gleichberechtigung

Deutschlands außenpolitische Führung war nicht immer glücklich und das Streben nach Weltgeltung, hat letzten Endes eine Koalition geschaffen, die zum Kriege trieb und aus dieser Katastrophe ist das heutige Deutschland geworden, welches ein Jammerbild abgibt und unter den Folgen des Weltkrieges leidet, die noch auf Jahre hinaus andauern werden, wie immer die Regierung sein wird. Aus eigener Kraft gibt es für Deutschland keine Ueberwindung der Krise, sie kann nur durch das Vertrauen des Auslandes behoben werden, also durch Verständigung mit seinen Nachbarn. Die Art, wie man bisher mit Deutschland umgegangen ist, hat in einem Teil des deutschen Volkes eine Strömung geschaffen, deren letztes Ergebnis in der Hitlerbewegung zum Ausdruck kommt und sogar auch radikal von den Kommunisten gefordert wird, die sich gleichfalls gegen Reparationen aussprechen, während die Nationalisten einen Schritt weitergehen und als letztes Mittel die Aufrüstung wie in der Vorkriegszeit empfehlen, da die beste Politik Deutschlands, diejenige der starken Armeen und Bombenflugzeuge wäre. Manche unbedachte Aeußerung in dieser Richtung hat Deutschlands ungeheuren Schaden eingebracht und im Zusammenhang mit dem Niedergang der Wirtschaft, Europa in ein Chaos hineingetrieben. Aus den zahlreichen Konferenzen, die Jahr um Jahr nach Friedensschluß folgten, war nur immer die Feststellung sichtbar, daß das Uebel in den Friedensverträgen und ihrer festen Absicht, Deutschland unter allen Umständen am Wiederaufkommen zu hindern, begründet liegt. Gegen diese feststehenden Tatsachen wehren sich insbesondere die Nachfolgestaaten und Frankreich, welches der Nutznießer der Friedensverträge ist und die Konstellation im Völkerbund dazu benutzt, um Deutschland niederzuhalten.

Die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß trotz aller innerpolitischen Wirren die außenpolitische Linie maßgebend war. Als die Friedensverträge unterzeichnet wurden, haben die Machthaber dieser „Friedensverträge" Deutschlands Abrüstung damit begründet, daß dies der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung sein soll. Wie diese besonders durch Frankreich betrieben wird, ist bekannt. Keine Idee von Abrüstung, sondern rastlose Aufrüstung ist bisher betrieben worden. Wenn schon die anderen nicht abrüsten wollen, so vertritt der deutsche Standpunkt auf der Abrüstungskommission die Ansicht, daß auch Deutschland die Gleichberechtigung nicht versagt werde, seine Sicherheitsmaßnahmen so zu treffen, wie es dem gegenwärtigen Stand in Europa entspricht. Auf der Abrüstungskonferenz ist Deutschland mit dieser Forderung isoliert geblieben, nur Italien unterstützte Deutschland, aber nur aus offener Feindschaft gegen Frankreich. In Lausanne hat Deutschland in vertraulichen Besprechungen die gleichen Forderungen gestellt, ohne Gehör zu finden und als Ergebnis dieser deutschen Wünsche ist das Gentleman-Abkommen zwischen England und Frankreich zustande gekommen, welches erst jetzt als Wiederherstellung der früheren Entente deutlich zum Ausdruck kommt. Nun hat Deutschland zu verstehen gegeben, daß es an der Abrüstungskonferenz in Genf nicht mehr teilnehmen wird, wenn man Deutschlands Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nicht anerkennt oder die versammelten Mächte sich nicht entschließen, mit der Abrüstung ernst zu machen. Man geht nicht fehl, wenn man sagt, daß den übrigen Mächten die deutsche Abstinenz nur willkommen sein wird, und so sehr man es auch bedauert, man wird den weiteren Schritt abwarten, daß Deutschland auch dem Völkerbund fern bleibt.

Das sind die „Ueberraschungen" vor die man die Welt durch die letzten Schritte in Paris gestellt hat. Man sagt zwar überall, daß man von diesem Schritt nach Gleichberechtigung nicht weiter überrascht sei, zumal man ja genügend aus der französischen Presse unterrichtet sei, daß Deutschland schon seit langem geheim rüste und der „diplomatische" Schritt eigentlich nur vollendete Tatsachen bestätige. Man hat ja bei den Nachbarn Deutschlands nie geruht, es geheimer Rüstungen zu beschleunigen, in der wohlwollenden Erwägung, damit die eigenen Rüstungen zu verdecken oder doch wenigstens zu rechtfertigen. Man hat also bei dem Rüstungswahnsinn bei den Gegnern Deutschlands keine Ursache, diesem den Rüstungswunsch vorzuwerfen, denn Deutschland wäre nie dazu in der Lage gewesen diesen Schritt zu vollziehen, wenn die anderen Unterzeichner des Friedensvertrages von Versailles, die dort auf sich selbst

Eine Partei „Papens"

Neugründung einer Regierungspartei — Ausschaltung der Deutschnationalen — Der Stahlhelm im Vordergrund

Stuttgart. In einem Artikel mit der Ueberschrift „**Große Pläne**" — „Eine Partei für die Regierung?" beschäftigt sich das Organ des württembergischen Zentrums, das „**Deutsche Volksblatt**", mit Plänen des Reichskanzlers. Es wird da u. a. ausgeführt: Man weiß, daß Bestrebungen im Gange sind, **eine neue Partei zu gründen**. Dieses neue Gebilde soll alle die zusammenfassen, welche sich in **konservativer Gesinnung** und in der Anerkennung der Grundsätze autoritäter Staatsführung, die das Kabinett von Papen verkündigt und durchzuführen sucht, einig wissen. Vor allem glaubt man die **Kreise des Stahlhelm** und anderer Verbände für die Neugründung gewinnen zu können.

In den Kreisen der Deutschnationalen ist man **geteilter Meinung**, ob man diese Pläne **unterstützen** oder **ablehnen soll**. Was für einen Namen man wählen wird, wissen wir nicht. Eine ganz **ausgesprochene Regierungspartei** wäre sie auf jeden Fall. Im Lichte dieser Bestrebungen gewinnt natürlich der entschiedene Wille der Reichsregierung, **den Reichstag aufzulösen**, eine besondere Bedeutung. Die neue Partei könnte nämlich im Falle **eines ihr günstigen Wahlausganges** eine starke **parlamentarische Stütze** für das Kabinett werden. Vielleicht haben diese Pläne auch die Nationalsozialisten mit dazu veranlaßt, die Verhandlungen mit dem Zentrum so zu führen, daß an ihrer Ernsthaftigkeit kein Zweifel mehr bestehen kann.

Der neue Präsident von Mexiko

Mexiko-Stadt. Der Kongreß wählte zum provisorischen Präsidenten von Mexiko den bisherigen Kriegsminister Rodriguez, der am Sonntag den Eid auf die Verfassung leistete.

Blutige Arbeitslosendemonstration in Spanien

Madrid. Bei einer **Arbeitslosenkundgebung** in Puertollano wurden 16 Personen festgenommen. Die Volksmenge versuchte, die Verhafteten aus dem Gefängnis zu befreien. Die Gendarmerie machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Mann wurde getötet und vier schwer verletzt.

übernommenen Verpflichtungen der Abrüstung erfüllt hätten. Gewiß muß der deutsche Schritt eine gewisse Enttäuschung hervorrufen, daß Deutschland gerade in dem Zeitpunkt, wo es erklärt, seinen Reparationsverpflichtungen nicht mehr nachkommen zu können, seine militärische Stellung auszubauen versucht, die man im Ausland als nichts weiter wie neue Revanchevorbereitungen bezeichnet.

Hat schon die Agitation Hitlers Deutschland um den guten Ruf als „Friedensstaat“ gebracht, so ist sicher anzunehmen, daß der neue Schritt auf Gleichberechtigung in der Aufrüstung, die Gegner Deutschlands noch enger zusammenbringen wird. Zwar wird in Deutschland regierungsseitig erklärt, daß dieser Schritt nur durch eine Indiskretion französischerseits bekannt geworden ist, aber diese Indiskretion hat das ihrige dazu beigetragen, daß eine Art Einheitsfront gegen Deutschland wieder zustande gekommen ist. Ursprünglich sollten diese Verhandlungen nur zwischen Deutschland und Frankreich geführt werden, Frankreich aber verweist darauf, daß der Friedensvertrag von Versailles von 26 Staaten untezeichnet sei, und daß erst diese darüber ihre Entscheidung zu treffen haben, wie weit man den deutschen Wünschen auf Gleichberechtigung zu verhandeln, nachkommen soll und kann. Soweit es sich um die Bundesgenossen Frankreichs handelt, ist einstimmige Ablehnung der deutschen Forderungen gewiß.

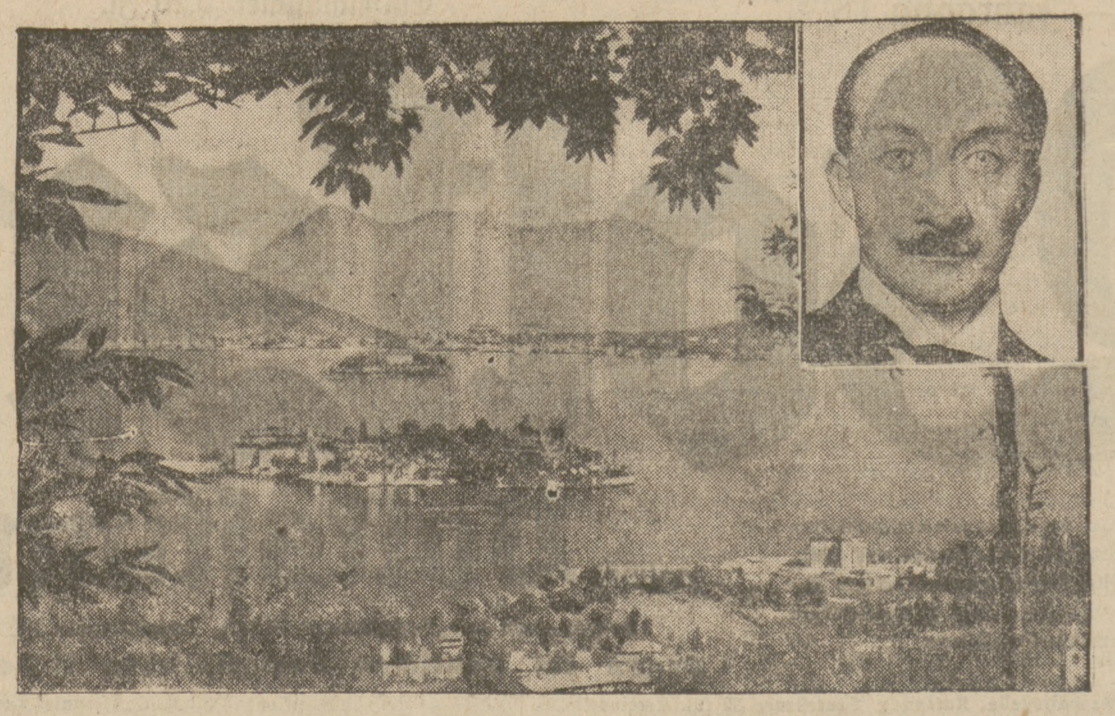
Es fehlt nicht an Stimmen im Ausland, die die deutsche Forderung als begründet betrachten, aber in der Mehrzahl ist man sich darin einig, daß wohl von einer Abrüstung bei allen Staaten gesprochen werden soll, daß ein, angeblich einseitiges, Recht auf Aufrüstung, Deutschland nicht zugestanden werden könne. Man lehnt insbesondere die Auffassung ab, als wenn durch Deutschlands Aufrüstung der deutschen Wirtschaft geholfen wurde, insbesondere verdächtigt man Deutschland, daß es wieder nach militärischer Hegemonie in Europa strebe, welche schon einmal zur Katastrophe geführt habe. Wir sind der Ansicht, daß die deutsche Forderung gewiß ihre Berechtigung hat, aber in der Form, wie sie gestellt worden ist, ihre Wirkung vollkommen verfehlt hat und auch in Zukunft mehr hemmend für die Gestaltung deutscher Ereignisse wirken wird. Was die anderen machen, die Forderungen an Deutschland haben, ist noch lange nicht damit zu vergleichen, ob es Deutschland gleichfalls machen kann. Man darf nicht übersehen, daß sowohl Amerika, als auch England, sich oft nur gegen Frankreich ausgesprochen haben, weil sie die deutschen Millionen nach Paris fließen sahen und sich selbst durch die Reparationen betrogen fühlten. Da Deutschland nicht mehr zahlen will, so darf es umso weniger aufrüsten. Das ist der Standpunkt des Auslandes, und man kann schon heut mit Sicherheit sagen, daß dieser deutsche Schritt, dem, nach den Friedensverträgen betrachtet, die Berechtigung nicht abzusprechen ist, einstimmige Ablehnung finden wird. Es war ein Schritt, der mindestens den deutschen Interessen nicht dienen kann, so vorsichtig man auch in der Wahl der Mittel wir. Wenn es darum geht, Deutschland wirtschaftlich und militärisch niederzuhalten, da werden sich nicht nur die „Siegermächte“, sondern auch die Neutralen zusammenfinden. Das umsomehr, als ja der größte Teil Europas in Frankreich seinen militärischen Schutzgenossen und die finanzielle Stützkraft anerkennt. Es war verfehlt, zu glauben, daß man über die französischen Generalstäbler die Verständigung zwischen Berlin und Paris finden wird.

Man darf hierbei auch nicht übersehen, daß auch der größte Teil des deutschen Volkes, trotz aller grundsätzlichen Ablehnung der Friedensverträge und der Notwendigkeit ihrer Revisionen, nicht hinter diesem Schritt der Reichsregierung steht, die, aus eigenem geschöpft, glaubte, Deutschlands Ruf zu festigen. Soweit die Mehrheit der Pressestimmen ergibt, ist man geneigt, Deutschland wieder als den Friedensstörer Europas hinzustellen, obgleich die Triebkräfte dieses deutschen Schrittes eben in den Friedensverträgen begründet liegen, die nur einseitig gegen Deutschland ausgenutzt werden und wurden. Nun soll man diesen Schritt, der ja als eine Verhandlungsbasis betrachtet wurde, nicht mit der nervösen Anschauuung aufnehmen, wie dies in der polnischen Presse geschieht, aus der nur eines zu entnehmen ist, als wenn Deutschland schon marschbereit an den Grennzen stände, um, im Geiste der nationalistischen Revancheprediger, sich auf die Nachbarn stürzen wollte. Uns ist der deutsche Schritt alles andere, als sympathisch, aber wir wollen auch keineswegs verkennen, daß Deutschland mindestens, als Nation von 64 Millionen Menschen in Europa, das gleiche Recht haben muß, welches sich die anderen ausnehmen. Unsere Forderung kann nicht Aufrüstung sein, sondern Abrüstung auf der ganzen Linie, und erst dann hat man die Berechtigung, sich über die deutschen Forderungen aufzuregen. Hätte man im Geist der Friedensverträge in der Art der Verständigung verfahren und nicht der beständigen Niederhaltung Deutschlands, selbst durch den sogenannten Völkerbund, dann wäre wohl auch kaum der deutschen Schritt nach Rüstungsausgleich erfolgt. Es ist schon besser, die eigene Schuld am Uebel Europas zu bekennen, als sie ausgerechnet nur bei Deutschland als Störenfried zu suchen und zu sehen! —U.



Nach der Beratung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung

Ministerpräsident Herriot (rechts) und Innenminister Chautemps nach der vierstündigen Kabinettssitzung, in der über die deutsche Forderung auf Rüstungsgleichheit beraten wurde.



Hier tagt die Donau-Konferenz

Blick auf Stresa, den herrlich gelegenen Ort am Lago Maggiore, wo die Donaukonferenz tagt. Oben rechts der Franzose Bonnet, der Präsident der Konferenz. An dieser Konferenz, die die Wirtschaftsprobleme der Donaustaaten behandeln soll, nehmen neben Vertretern der Kleinen Entente Delegierte aus England, Frankreich und Italien teil.

England wartet ab

Noch keine Stellungnahme zur deutschen Gleichberechtigungsforderung

London. Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ meldet, daß sich das englische Kabinett in den nächsten Tagen mit den folgenden Fragen beschäftigen werde:

1. mit dem deutschen Antrag auf Rüstungsgleichheit und
2. mit der japanischen Entscheidung bezw. der Mandschurei.

Die Frage der deutschen Rüstungen berühre augenblicklich noch nicht die englische Regierung. Aber der französisch-deutsche Meinungsaustausch gebe der engilschen Regierung jederzeit das Recht, einzugreifen, auch wenn keine Einladung von einer der Parteien vorliege. Das Kabinett werde zunächst zu erwägen haben, ob und evtl. inwieweit die deutsche Denkschrift

eine Abweichung von den normalen Methoden der Abrüstungskonferenz sei

und ob der deutsche Anspruch aus Gründen des Rechts und der Zweckdienlichkeit bestritten werden könne. Tatsächlich habe die deutsche Denkschrift keine Ueberaschung ausgelöst und es sei daher unwahrscheinlich, daß das Kabinett den deutschen Schritt als „untunlich“ betrachten werde. In sachlicher Hinsicht enthalte die Denkschrift nichts Neues. Da die Unterzeichnermächte des Versailler Vertrages nicht die Absicht hätten, in demselben Maße wie Deutschland abzurüsten, so frage das englische Kabinett nur pflichtgemäß, ob die deutsche Forderung dadurch gelöst werden solle,

daß man Deutschland das Recht gebe, auf den Stand der anderen aufzurüsten.

Deutschland würde bekanntlich eine allgemeine Abrüstung bevorzügen. Man würde es in London für vernunftwidrig halten, wenn die Rüstungsgleichheit durch Wiederaufrüstung Deutschlands erreicht werden würde. Hinsichtlich der Mandschurei rechnet man in London damit, daß die fernöstliche Frage voraussichtlich bald nicht mehr mit dem Völkerbund zu tun haben werde. Denn wenn Japan aus dem Völkerbund austräte, so wären die drei hauptsächlich interessierten Mächte (Japan, Amerika und Rußland) keine Mitglieder des Völkerbundes.

Verschärfte Lage in Schanghai

Handgranatenanschlag auf japanisches Geschäft.

Schanghai. Am Sonnabend wurde auf ein japanisches Geschäft im internationalen Viertel eine Handgranate geworfen, durch die ein Japaner getötet wurde. Ferner kam es am Sonnabend in der internationalen Zone zu einem chinesisch-japanischen Zwischenfall. Eine japanische Patrouille verhaftete einen Chinesen, der jedoch von chinesischer Polizei mit Gewalt befreit wurde. Das Auto der Japaner wurde von den Chinesen beschlagnahmt. Das japanische Oberkommando hat Bestrafung der in Frage kommenden Polizisten verlangt.

Infolge der antijapanischen Propaganda ist in Tschapei der Belagerungszustand verhängt worden. Alle japanischen Geschäfte werden von bewaffneten chinesischen Polizisten bewacht.

Chinesischer Marschall ermordet

Berlin. Der chinesische Marschall Tschangtschugtschang ist, nach einer Meldung des „Montag“, aus Schanghai, auf einer Station der Tsinanbahn von drei Männern überfallen und ermordet worden. Die Täter wurden verhaftet. Unter ihnen befindet sich der Sohn eines Generals, den Marschall Tschangtschungtschang vor Jahren hinrichten ließ.

Washington zur Schuldenfrage

Washington. Das Schatzamt sowie das Staatsdepartement betrachten die zu erwartende Stundung der deutschen Schulden als den Auftakt zu ähnlichen Forderungen der alliierten Staaten, wobei allerdings angenommen wird, daß die Alliierten mit der einfachen Stundung ihrer Schulden nicht zufrieden sein, sondern eine endgültige Lösung der Schuldenfrage anstreben werden.

Entführer des Lindbergh-Kindes nicht gefaßt

Stattdessen Wildwestdetektivgeschichte.

Neuyork. Die Meldung, daß ein Entführer des Lindbergh-Kindes gefaßt worden sei, entpuppt sich als eine Detektivgeschichte, wie sie im Buche steht. Ein „wilder“ Privatdetektiv hatte Schenck Anfang Juni aus seinem Geschäftslokal in Hopewell im Staate New Jersey entführt und ihn 76 Tage in einer Holzhütte in abgelegener Gebirgsgegend gefangen gehalten. Der leitende Distriktpolizeibeamte ließ schließlich Schenck und seine beiden Wächter verhaften. Die Polizei ist überzeugt, daß Schenck völlg unschuldig ist.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten in Paris

Paris. Am Freitag abend kam es zu schweren Ausschreitungen von Kommunisten gegen die Polizei, die mit dem Ordnungsdienst vor einem der größten Säle der Stadt beauftragt war, in dem eine Kundgebung des internationalen Ausschusses gegen den Krieg stattfand. Wegen Ueberfüllung des Saales sah sich die Polizei gezwungen, Tausende, die noch Einlaß begehrten, aufzufordern, sich zu zerstreuen. Als die Kundgeber dieser Aufforderung nicht nachkamen, ging die berittene Gendarmerie gegen sie vor. Daraufhin bewaffneten sich die Kommunisten mit allen in Reichweite befindlichen Gegenständen und griffen die Beamten an. Bei der Schlägerei, die sich sodann entwickelte, wurden acht Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt. Schließlich gelang es der Polizei aber doch die Oberhand zu gewinnen und die Kundgebung zu zerstreuen. Eine ganze Reihe von Verhaftungen konnte durchgeführt werden.

von Gronau in Tokio

Tokio. Der deutsche Flieger von Gronau ist am Sonntag um 11 Uhr MEZ im Flughafen von Tokio glatt gewassert.

Am Tokioter Flughafen hatte sich eine sehr große Menge von Zuschauern eingefunden um das Eintreffen Gronaus zu erwarten. Der Kaiser hatte einen Vertreter entsandt. Auch zahlreiche Vertreter der japanischen Armee und Marine waren erschienen. Der Bürgermeister von Tokio und mehrere Vertreter der Behörden hielten an Gronau Ansprachen, in denen sie die Verdienste des deutschen Fliegers und seine Leistungen auf dem Weltfluge würdigten.

Gronau beabsichtigt eine Woche in Tokio zu bleiben, um sich von den Anstrengungen des Fluges zu erholen und gleichzeitig die technischen Errungenschaften der japanischen Fliegerei kennen zu lernen. Für den Aufenthalt Gronaus in Tokio wird von japanischer Seite in großzügigr Weise gesorgt werden.

Eingreifen der englischen Regierung in den Weberstreik

London. Das Arbeitsministerium hat bereits unverbindliche Schritte zur Beilegung des Weberstreiks in Lancashire ergriffen, so daß mit einem baldigen amtlichen Eingreifen gerechnet wird. In den letzten Tagen hatte das Arbeitsministerium Besprechungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, deren Vertreter nach London gerufen wurden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes betonte, daß während des Wochenendes keine Vermittlungsverhandlungen stattfinden würden.



Gerhart-Hauptmann-Ehrung in Bad Salzbrunn

Der neue Gerhart-Hauptmann-Stein in dem schlesischen Bad Salzbrunn, der anläßlich des bevorstehenden 70. Geburtstages des großen Dichters am 5. September feierlich enthüllt wird.

Für Freiheit und Brot!

Die Einheitsfront des deutschen Proletariats — Ausbau aller Positionen der Arbeiterbewegung — Die Arbeiterpresse, das stärkste Bollwerk in der sozialistischen Bewegung — Vorwärts zur neuen Tat

Warum Werbeaktion?

Wir sollten insbesondere von unseren Gegnern lernen, wie sie mit allen, nur erdenklichen, Mitteln die Massen daran erinnern, wohin sie gehören, um sie an der Idee festzuhalten. Es wäre eine Ueberhebung oder doch Verkennung der Tatsachen, wollten wir leugnen, daß die ungeheure Not, die Massen zur Indifferenz führt und sie von der aktiven Anteilnahme an der Bewegung behindert. So wahr es auch ist, daß der Mangel an jeglicher Unterstützung früherer Anhänger dazu zwingt, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, so haben wir die Verpflichtung, den Kampfgeist zu wecken, sie immer wieder zu neuen Taten aufzurufen, sie trotz aller Widerstände, an uns zu fesseln. Ohne zu übertreiben, muß man sagen, daß die Werbeaktion, die diese Konferenz am Sonntag in Königshütte eingeleitet hat, diesen Zweck erfüllen kann, wenn die Kameraden und Kollegen, die Genossen und Genossinnen, an die Arbeit gehen. Wir haben ja Massen an der Kattowitzer Kirchendemonstration aufmarschieren sehen, und wer sich darüber Klarheit gibt, der wird auch eingestehen müssen, welche Aufklärungsarbeit noch geleistet werden muß, wenn man verhindern will, daß aus der religiösen Ueberzeugung auch ein politisches Geschäft wird. Wir wollen niemandem seine religiöse Ueberzeugung rauben, aber solange die Massen vom eigentlichen Klassenkampf abgehalten werden, solange werden Not und Elend die Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verhindern, wird der Kapitalismus siegreich das Feld beherrschen.

Die vom Bund für Arbeiterbildung, in Gemeinschaft von Partei und Gewerkschaften veranstaltete Konferenz hatte nun den Zweck, einmal wieder nach den „Sommerferien“ die Funktionäre der deutschen sozialistischen Bewegung zusammenzuführen und über Mittel und Wege zu beraten, wie wir den Organisationen neues Leben einflößen und vor allem unserem Kampforgan, dem „Volkswille“, neue Leser verschaffen. Die Bedingungen der Werbung sind heute ganz andere geworden. Selbst der geringste Groschen hat bei den Arbeitslosen eine ungeheure Bedeutung erlangt, aber es hieße Selbstmord treiben, wollte man auf den Kampf verzichten und Verluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit vieler Abonnenten entstanden sind, nicht wieder auszugleichen, durch Werbung neuer Leser und durch die Arbeiterpresse zugleich, den Zusammenschluß aller sozialistischen Kämpfer und Kämpferinnen, in Stadt und Land, zu vollziehen. Natürlich vermag die beste Konferenz nicht das Allheilmittel zu finden, um nun einen Zustrom zu bewerkstelligen, dazu ist intensive Agitation und Werbetätigkeit zu vollführen, die wiederum die Funktionäre an den Ortschaften selbst durchzuführen haben, unter Bildung der notwendigen Aktionsausschüsse, die aus allen Arbeiterorganisationen zusammengesetzt sein müssen. Berücksichtigt man, trotz der Härte der Kritik, daß der gute Aufbauwille vorhanden ist, so zweifeln wir nicht daran, daß auch die kommende Arbeit fruchtbar sein wird. Und in dieser Beziehung, glauben wir, hat die Konferenz ihre Aufgabe erfüllt.

Wege zum Sozialismus

Gegen 10 Uhr eröffnete Genosse **Buchwald** die Werbekonferenz mit einer Begrüßung an die Anwesenden und legte dar, daß wohl das zahlreiche Erscheinen der Funktionäre — es waren über 250 Delegierte und Genossinnen vertreten — beweise, daß Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen, unter Führung des „Bundes für Arbeiterbildung“, geschlossen dastehen, um entschlossen, auch auf diesem Teil der polnischen Republik, den

Klassenwillen zum Sozialismus

zu beweisen. Je größer die Not und je schärfer die Unterdrückung, umso wichtiger ist die geschlossene Front und so notwendiger die Werbetätigkeit für alles das, was sich hier unter der Flagge des Sozialismus vereinigt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, erteilt Genosse Buchwald dem Genossen **Kowoll** das Wort, der die Werbeaktion als eine

Aufgabe um Wege zum Sozialismus

bezeichnet. Wenn wir, so betont Genosse Kowoll, den Sozialismus als die Befreiung des Menschen vom jeglichen Joch betrachten, so müssen wir auch die Voraussetzungen dazu schaffen, die Massen zur politischen Machtübernahme erziehen. Soviel man auch auf diesem Gebiete getan hat, wir sehen gerade an dem Zustrom der Massen, die zu der Feier nach Kattowitz ziehen, wieviel noch für uns zu tun übrig bleibt, wenn wir die Macht tatsächlich auch ausüben wollen. Das Wort „Werbeaktion“ unterscheide sich denn auch wesentlich von der Agitation für die Idee selbst. Gewiß darf man nicht verkennen, daß die ungeheure Notlage der deutschen Arbeitsgemeinschaft ihr einfach Grenzen setzt, daß sie sich von der Bewegung fernhalten müssen. Aber wir wären schlechte Kämpfer, wollten wir deshalb auf unsere früheren Mitkämpfer verzichten. Gerade jetzt, in dieser Not, gilt es, doppelt die Scharen zu sammeln, ihnen immer wieder zu zeigen, daß es

im Kapitalismus für sie nur Untergang, und Befreiung nur durch die Verwirklichung des Sozialismus

geben kann.

Die Arbeiterpresse bildet das stärkste Bindeglied zwischen allen Zweigen der Arbeiterbewegung,

und der „Volkswille“ kann diese Aufgabe erfüllen, denn er spricht tagaus tagein die Ideen aus, die wir zu verwirklichen anstreben und ist mehr, als wir in mündlicher Aussprache von Mund zu Mund vollführen können. Gewiß sind die Zeiten schwer, aber Oberschlesien ist ein Arbeiterland, warum sollte es nicht möglich sein,

die Leser der bürgerlichen Presse für uns

zu gewinnen. Hier müsse man mit der Werbearbeit beginnen. Nun sind viele Genossen und Kollegen der Meinung, daß die Ereignisse in Deutschland bewiesen haben, daß es nicht möglich sei, auf legalem Wege die politische Macht zu erringen. Das ist eine gewaltige Täuschung und ein Jagen nach Illusionen, die gerade in Deutschland vom Nationalsozialismus und Kommunismus angestrebt werden. Wären diese Bewegungen, als Ziele zum Sozialismus zu betrachten, so ist **Deutschland für den Sozialismus reif**, und trotzdem wird es gerade von einer Reaktion, unter Schutz des Militärs, regiert, wie wir dies in Italien, Polen und auf dem Balkan erleben. Parteien, wie die Sozialdemokratie in Deutschland, Oesterreich, Frankreich und die Arbeiterpartei in England, können sich Revolutionsspielereien nicht leisten, sie müssen abwarten und dann zum Schlag ausholen, wenn die Gewinnung der Staatsmacht sicher ist. Wir haben das Vertrauen zu unseren deutschen Genossen, daß sie auch mit der heutigen Reaktion fertig werden, und wir wissen auch nur zu genau, daß wieder der Antrieb von der deutschen Arbeiterbewegung kommen muß, um eine revolutionäre Gärung, die überall vertreten ist, zur Reife zu führen. Ehe die Befreiung nicht in Deutschland kommt, dürfte sich auch die sozialistische Bewegung in den anderen Ländern kaum beleben. Das sehen wir nicht nur in Polen, sondern überall. Das deutsche Proletariat regt sich immer heftiger, die „Eiserne Front“ hat Kampfkaders geschaffen, und wenn es so geworden ist, dann

nur durch die Vereinigung aller Zweige der Arbeiterbewegung und durch den Ausbau der Presse.

Das wollen wir uns zum Vorbild machen, denn es gilt, durch die Presse, die Massen zum Sozialismus zu erziehen, ihnen durch die Presse den

Unterbau auf theoretischer Grundlage

zu sichern. In den nächsten Monaten müssen wir alle Versammlungen und Aktionen benutzen, um für den „Volkswille“ zu werben, aber darüber hinaus, in allen Orten, die notwendigen Kommissionen zu bilden, die den Funktionären bei ihrer Arbeit behilflich sein werden.

Gewiß bedeutet dies neue Opfer von den Funktionären, die schon ohnehin mit Arbeiten überlastet sind. Bedenken wir, daß es noch Tausende von neuen Lesern und Anhängern von Partei und Gewerkschaften zu werben gilt, bevor die Voraussetzungen geschaffen sind, um auch den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Wir dürfen in dieser Kleinarbeit nicht versagen, uns immer wieder dessen bewußt sein, daß niemand diese schwierige Aufgabe für uns lösen wird. Es bleibt schon immer wahr, was Marx gesagt hat, daß

die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst

sein kann. Wir haben eine prächtige Jugendbewegung, die Kinderfreunde sammeln die Kinder unserer Genossen und Gewerkschaftskollegen, der Bund für Arbeiterbildung sammelt die Sänger, Turner, Schachler, Esperantisten, Naturfreunde und was alles hier vertreten ist, man braucht also nicht zu klagen, daß die deutsche sozialistische Bewegung ihren Anhängern nichts bietet. Man muß nur das Richtige für sich suchen und sich beteiligen wollen, und wir schaffen uns den Boden, auf dem wir bauen wollen. Aber wieder wird hier die

Arbeiterpresse Wegweiser und Bindeglied

sein, darum müssen auch die Genossen verstehen, warum wir im Verlauf dieser Werbeaktion und auf der heutigen Konferenz immer und immer wieder den „Volkswille“ in den Vordergrund stellen. Gewiß sind hier sehr viele Wünsche zu befriedigen und wir selbst wissen alle am besten, wie ein Ausbau noch notwendig ist, aber hierzu ist mindestens eine Verdoppelung des gegenwärtigen Leserbestandes erforderlich. Und es ist zu schaffen, wenn wir ans Werk gehen und diese Werbearbeit verrichten. Sie ist nicht Selbstzweck, der der Beginn des Weges zu einer neuen Welt, in der es genügend Brot und Arbeit, in der es erst wirkliche Freiheit geben wird. **Unser Ziel ist der Sozialismus, unsere Arbeit und unser Werben gilt einer neuen Gesellschaftsordnung! Dann gibt es auch Brot und Freiheit!**

Die Einheitsfront der deutschen Klassenkämpfer

Anschließend an die Ausführungen des Genossen Kowoll bemerkt Kollege Buchwald, daß er sich in seinem Referat mehr an die nächsten Aufgaben halten werde. Der Bund für Arbeiterbildung hat bewiesen, daß er seiner Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen ist. Massenveranstaltungen der letzten Monate haben auch den Aufbauwillen erwiesen, wenn es gewiß auch noch Kollegen und Kameraden gibt, die alles noch nicht befriedigt. Wir haben uns heute zusammengefunden, um eben jene Lücken, die noch vorhanden sind, auszumerzen. Aber dazu ist die

Mitarbeit Aller erforderlich

und der gute Wille, auch in die Werbeaktion einzugreifen, zu zeigen, daß es nicht nur an der Kritik liegt, sondern auch an der Mitarbeit. Es ist begreiflich, daß in der heutigen Zeit viele mißmutig sind, weil die Arbeiterbewegung andere Richtungen eingeschlagen hat, als wir vielfach erwartet haben. Daß sich die Krise böse auswirkt, haben wir der Arbeiterklasse wiederholt gesagt, wir haben auch gezeigt, daß

der schlimmste Feind der Arbeiterschaft die Zersplitterung

ist. Und hier müssen wir betonen, daß es auch bei uns einige Streber gibt, die, ohne zu beachten was sie tun, übers Ziel hinausschießen und sich dann wundern, wenn die Gewerkschaft oder die Partei sie nicht ohne weiteres deckt. Aber nicht von diesen Dingen will ich sprechen, sondern davon, daß wir in den kommenden Monaten hier diesem Wunsche der Funkionäre Ausdruck geben, durch Aufnahme der Zusammenarbeit, wie sie schon durch eine Konferenz des Aktionsausschusses vor Monaten geplant war, aber nur teilweise verwirklicht worden ist. Der Genosse Kowoll hat auf unsere Presse schon eingehend hingewiesen, ich möchte nur seine Ausführungen, bezüglich des Werbens für den „Volkswille“, unterstreichen.

Die bürgerliche Presse ist ein Hemmschuh für den Erfolg der Arbeiterklasse.

Aber manches, was wir in unseren Versammlungen, unseren Arbeiterfesten, nur beginnen, kann durch die Arbeiterpresse fortgeführt werden und darum wird der „Volkswille“ das Bindeglied bleiben, er kann es aber auch nur sein, wenn wir ihm die Leserschar schaffen, auf die er Anspruch hat. Ich will nun den Kollegen Gelegenheit geben, sich zur Sache selbst auszusprechen. Aber denken wir daran, daß wir als geschlossene Front nun an die Arbeit gehen und jene Werbetätigkeit gewissenhaft aus- und durchführen, die ihnen der Aktionsausschuß in den nächsten Wochen zuteilen wird. Führen wir die Aufgaben aus, dann ist auch die Gewißheit da, daß das Werk zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse gelingen wird.

Kritik und Wünsche

An der Diskussion, die den Referaten der Genossen Kowoll und Buchwald folgten, nahmen 24 Genossen und zwei Genossinnen teil. Es sprachen **Kern**-Kattowitz, **Kroll**-Nickischschacht, **Kroll**-Nikolai, **Ballon**-Bismarckhütte, **Forytta**-Königshütte, **Wojtas**-Golassowitz, **Koschek**-Kattowitz, **Weber**-Schwientochlowitz, **Wyrwich**-Nikkischschacht, **Korzeniowski**-Kostuchna, **Kursitza**-Ober-Lazisk, Genossin **Kowoll**-Kattowitz, **Kolitz**-Domb, **Pospiech**-Siemianowitz, **Adamus**-Michalkowitz, **Wrozynna**-Lipine, **Dyszka**-Pschow, **Parczyk**-Königshütte, **Wienczek**-Krassow, **Weber**-Kastirke-Bismarckhütte, **Kusmierczyk**-Schoppinitz, Genossin **Kuzella**-Königshütte, **Knappik**-Königshütte und **Rülka**-Gieschewald. Die Einmütigkeit der Redner wurde in jeder Beziehung zur Mitarbeit unterstrichen, wenn auch die Genossen nicht der Ansicht sind, daß alles wunschgemäß verlaufen ist. Bezüglich des Referats des Genossen Kowoll wird unterstrichen, daß vieles hätte vorteilhafter auslaufen können, wenn die Parteileitung energischer durchgegriffen hätte und nicht selbst zu Fehlern trieb. Es ist jetzt schwer sich zu behaupten, nachdem die Wirtschaftskrise alles zu vernichten droht und die früheren Kollegen einfach nicht in der Lage sind, den „Volkswille“ zu lesen weil sie schon Monate hindurch keine Unterstützung beziehen und gerade oft auch noch als Deutsche unterschiedlich behandelt werden. Man hätte damals, als die Arbeiterklasse die Macht hatte, den kapitalistischen Treibern energischer an den Leib rücken sollen, so würde man heute nicht in der Krise stecken. Der „Volkswille“ müsse den Kampf noch viel entschiedener führen, aber auch die

Gewerkschaften müßten aus der Arbeitsgemeinschaft heraus und jedes Paktieren mit dem Bürgertum aufgeben,

nur eine geschlossene Front aller Arbeiter erhöht die Werbetätigkeit, gewiß ist es auch eine Schande, daß unsere eigenen Genossen die Führer bei öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen nicht unterstützen, wenn unwahre Dinge gerade von den Radikalen gegen unsere Bewegung behauptet werden. Der Wille zur Zusammenarbeit ist da, aber wir sehen, daß der Sozialismus nicht auf legalem Wege wird durchgeführt werden können, die Gegner greifen immer zur Diktatur, und darum ist es nicht zu verstehen, warum nicht die Arbeiter das gleiche Recht auf Diktatur haben können, wenn es um ihre Selbsterhaltung geht. Leider folgten im Laufe der Diskussion einige Ausfälle gegen Funktionäre, die nicht in den Rahmen der Konferenz paßten. Naturgemäß suchte jeder das beste Mittel als Werbekraft zu empfehlen und es muß gesagt werden, daß die

Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden

ist und in die Ortschaften hinausgetragen werden soll.

Genosse Buchwald betonte vor dem Schlußwort, daß man über die Taktik der Gewerkschaften verschiedener Meinung sein kann. Es ist sehr einfach, Forderungen aufzustellen, aber es ist schwieriger, sie durchzuführen. Darum müsse auch die Gewerkschaftsarbeit den Anforderungen angepaßt sein, wie man den Kollegen ohne Opfer am besten dienen kann, wobei man durchaus nicht die Grundsätze des Klassenkampfes aufzugeben braucht. Genossin Berta **Kuzella** gab dann Auskunft über die Ferienverschickung und das Zeltlager, worauf Genosse Kowoll das Schlußwort hielt. Referent verwies darauf, daß er es als die wichtigste Aufgabe jeder Konferenz betrachte, daß auch persönliche Unstimmigkeiten in aller Ruhe und Sachlichkeit besprochen werden, nur darf man nicht übers Ziel hinausschießen. Soweit unberechtigte Vorwürfe erhoben wurden, hoffe er, daß sie an die verantwortlichen Instanzen weitergeleitet werden. Es hat sich trotz alledem auf der heutigen Konferenz der Aufbauwille gezeigt. Darum bleibt nur übrig, daß nunmehr die Ortskomitees begründet werden, die die **Werbearbeit auch sofort aufnehmen.** Er sei überzeugt, daß man sich über das Gebot der Stunde als Aufgabe der Arbeiterklasse bewußt ist, und daß der Weg zum Sozialismus um so eher beendet sein und das Ziel erreicht wird, je energischer wir die Arbeit aufnehmen. Genosse Buchwald dankte dann den Anwesenden für den Geist der Solidarität und das Ausharren. Mit dem Absingen der „Internationale“ fand die Konferenz gegen 2 Uhr einen würdigen Abschluß und so mancher wird mit der frohen Gewißheit geschieden sein, **daß das Werk des sozialistischen Aufbaus der deutschen Arbeiterklasse in der schlesischen Wojewodschaft trotz allen Elends und trotz aller Not vorwärts geht.**

Polnisch-Schlesien

Das Urteil im Schray-Prozeß

Statt 14 Monaten Gefängnis = 7 Monate Arrest und 2000 Zloty Geldstrafe.

Am Sonnabend, mittags 12 Uhr, verkündete Gerichtsvizepräsident Miczke im Prozeß gegen Redakteur Hubert Schray das neue Urteil, welches nach Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils von 14 Monaten Gefängnis nunmehr auf eine Arreststrafe von sieben Monaten und eine Geldstrafe von 2000 Zloty lautete. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet und dem Beklagten, welcher Kassation anmeldete, anheimstellt, schriftlichen Antrag auf vorläufige Haftentlassung zu stellen. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der neuen Strafbestimmungen, die in dem vorliegenden Falle gewisse Straferleichterungen vorsahen.

In der Urteilsbegründung führte der Richter aus, daß man der Behauptung des Redakteurs Schray, welcher angebe, die fragliche Notiz nicht gelesen zu haben, keinen Glauben schenken könne. Schray hat, wie es sich zeigte, gewisse Sichtvermerke mit dem Bleistift vorgenommen und es müsse angenommen werden, daß er auch den Schlußpassus gelesen hat. Das Gericht berücksichtigt als strafmildernden Umstand, daß Schray bisher unbestraft war und das Gericht keine Beweise für seine Illonalität habe. Berücksichtigt werde auch das noch jugendliche Alter des Angeklagten.

Auf Grund eines besonderen schriftlichen Antrages, welcher sofort gestellt worden ist, wurde Redakteur Schray am Sonnabend in polizeilicher Begleitung zum Besuch seiner schwerkranken Mutter zugelassen. Im Laufe des heutigen Montags dürfte eine vorläufige Haftentlassung, vermutlich gegen Stellung einer Kaution erfolgen. Schray hat etwa drei Monate in der Untersuchungshaft zugebracht. y.

Ausstellung kostenloser Auswandererpässe

Das Emigrantensyndikat gibt bekannt, daß an minderbemittelte Personen, welche zwecks neuer Arbeitsmöglichkeit die Absicht hegen, nach dem Ausland auszuwandern, kostenlos Auswandererpässe ausgestellt werden. Die Ausstellung der Pässe an polnische Auswanderer erfolgt durch das Auswanderer-Inspektorat in Warschau. Den Gesuchen sind alle erforderlichen Dokumente (Geburtsurkunde, Bescheinigung über die polnische Staatszugehörigkeit, Wohnbescheinigung usw.) beizufügen. Entsprechende Auskünfte erteilen die zuständigen Auswandererfürsorgestellen. y.

Vor Beendigung der Gerichtsferien

Beim Kattowitzer Land- und Burggericht werden die diesjährigen Ferien am 15. September beendigt. Von diesem Zeitpunkt ab werden wieder an Stelle der jetzigen Feriengerichte, die nur an einzelnen Tagen der Woche zusammentreten, vor den eigentlichen Gerichten tagtäglich laufende Verhandlungen vor sich gehen, da bis dahin die Richter vom Urlaub zurückkehren werden. y.

Eine neue Bildungsstätte in Königshütte

Rundgang durch das Minderheitengymnasium — Zweckmäßig und gediegen — Alles für die Jugend — Baldige Eröffnung

Die Stadt Königshütte konnte schon immer den Ruf für sich in Anspruch nehmen, als die Stadt der Schulen bezeichnet zu werden. Nun reiht sich zu den vielen verschiedenen Schulen das neue Privatgymnasium der deutschen Minderheit, an der ulica Dombrowskiego-Zjednoczenia, würdig an. Die „Nostra" G. m. b. H. hat, im Verein mit dem deutschen Schulverein, in einer außergewöhnlich kurzen Zeit eine Leistung vollbracht, die nicht so schnell nachgemacht werden kann. Der 1. Spatenstich wurde Ende September v. Js. gemacht und der Rohbau in 2½ Monaten beendet. Diese Leistung wurde nur dadurch möglich, daß in Tag- und Nachtschichten gearbeitet wurde. Durchschnittlich waren

100—220 Mann täglich beschäftigt,

die Höchstzahl betrug 300 Personen. An dem großen Gebäude waren

80 verschiedene Firmen

beschäftigt, die Arbeiten waren weitgehendst an hiesige Firmen verteilt. Daß diese Glanzleistung in der kurzen Zeit vollbracht wurde, ist dem Baufachmann, Baurat Spiller, Baumeister Dittrich und der **dabei beschäftigten Arbeiterschaft** zu verdanken. Nun ist ein Gebäude entstanden, das sich würdig an die verschiedenen Schulbauten in dem dortigen Stadtviertel anschließen kann. Möge dieser neuen Bildungsstätte ein glückliches Wirken beschieden sein, damit das gesteckte Ziel der deutschen Minderheit in Ost-Oberschlesien erreicht wird. Dazu rufen wir Lehrern und Schülern ein „Glück Auf" zu.

Das Schulgebäude.

Das zweistöckige Gymnasium an der ulica Dombrowskiego hat eine Länge von 88 Metern, die dreistöckige Schmalseite, an der ulica Zjednoczenia, eine solche von 32½ Metern. Der Bau selbst ist im neuzeitlichen Stil gehalten und hat architektonische Schönheiten aufzuweisen. Sauberster Zementputz sticht am ganzen Bau ins Auge. An der Ecke ulica Dombrowskiego-Zjednoczenia, befindet sich der Haupteingang zu dem stattlichen Gebäude. Zwischen zwei quadratischen Pfeilern, auf einer breiten Steintreppe gelangt man in den Vorraum, der mit rotglasiertem Flachwerk gekleidet ist. Die verschiedenen Flure sind in Kunststeinarbeit gehalten. Im Untergeschoß befinden sich Beheizungsanlagen, sowie die Wohnräume des Schulwarts und des Heizers, und die Werkstatträume. Eine Neuerung besteht in der Beheizung darin, daß vom Heizraum aus, durch Thermometer, in allen Räumen der Schule die Temperatur ersichtlich ist.

Im Obergeschoß wurden

Frühstücksräume mit einer modernen Milchküche

eingerichtet, ferner befindet sich daselbst ein

Untersuchungs- und Arztzimmer

und die Räume des Direktors. In einem Näh- und Plättzimmer befinden sich für den Unterricht 8 Singer-Nähmaschinen. In langen Reihen ziehen sich

19 Klassenzimmer

hin, die eine Größe von 8×6 Metern aufzuweisen haben. In 12 normalen Klassen und 7 Fachklassen werden Biologie, Chemie und Physik gelehrt. Zur Unterbringung der Kleidungsstücke befinden sich in jedem Stockwerk

eiserne Kleideraufbewahrungsschränke,

sowie die erforderlichen Klosettanlagen, ferner an verschiedenen Stellen Feuermeldeapparate. Eine besondere

Wetterstation

ermöglicht, das Wetter zu allen Zeiten festzustellen.

In den weiteren Stockwerken befindet sich ein **13 Meter langer Zeichensaal,** ein 130 Quadratmeter großer **Musiksaal** mit sehr guter Akkustik, mehrere Konferenzzimmer, Lehrerzimmer, Vortragssäle, zwei Bibliotheken für Lehrer und Schüler, sowie einige Lesezimmer.

Im Schulhof befindet sich die Turnhalle, die eine Länge von 45 Metern aufzuweisen hat. Die modernsten Geräte sind für die verschiedenen Turnübungen vorhanden. Der große Raum kann durch eine Schiebevorrichtung abgesperrt werden, wodurch getrennter Unterricht ermöglicht wird. Anschließend daran sind

Brausebäder für Knaben und Mädchen

angebracht worden. Eine moderne

Radioanlage

ermöglicht, den Rundfunk als Bildungsmöglichkeit zu erfassen. Neben der Turnhalle befindet sich ein großer Turnplatz, wodurch ermöglicht wird, Uebungen bei gutem Wetter draußen abzuhalten. Um den auswärtigen Schülern einen Umweg zu ersparen, wurde gegenüber der Haltestelle der Straßenbahn, an der ulica Gimnazjalna, ein Eingang geschaffen.

Bei Besichtigung des Gebäudes, des verschiedenen Lehrmaterials, kann festgestellt werden, daß nirgends etwas Ueberflüssiges vorhanden ist und das Wort Luxus hier nicht Anwendung finden darf. **Einfach, gediegen und geschmackvoll,** war das Leitmotiv der Erbauer, was auch den Vorschriften der Behörden entsprach. Durch die Verlegung der Schüler aus anderen Privatschulen, wird es ermöglicht, gleich

mit 500 Schülern

den Unterricht beginnen zu können. Der Unterricht kann auf 660 Kinder ausgedehnt werden. Die bebaute Fläche beträgt 2000 Quadratmeter, die Kosten des Gesamtbaues übersteigen nicht die Friedenspreise. Der Ausschuß der Wojewodschaft wird zur Abnahme des Gebäudes in dieser Woche erscheinen, worauf die neue Schule ihrem Zweck übergeben wird. m.

Die Bismarckhütter Arbeiter fordern Sejmeinberufung

Vollversammlung der Bismarckhütte — Kampf um die Arbeitergroschen

Um die Arbeiter über den Stand der gegenwärtigen Lage zu orientieren, wurde am Sonnabend, um 12 Uhr mittags, eine Vollversammlung abgehalten, welche einen starken Besuch aufzuweisen hatte. Der Vorsitzende gab einen Bericht über den Streik im Industriegebiet. Daraus war zu ersehen, daß unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft der einmütige Wille zum Kampf, um ihre, schwer bedrohte, Existenz vorhanden ist, was am besten aus der Tatsache hervorgeht, daß sich

alle Arbeiter und Angestellten der Interessengemeinschaft der K. A. G. dem Streik angeschlossen

haben. Ferner wurde den Anwesenden zur Kenntnis gebracht, daß nachmittags, um 4 Uhr, eine 60 prozentige Vorschußzahlung erfolgt. Der Rest soll ngeblich, am Dienstag gezahlt werden. Hier warf der Angestelltenrat die Frage auf, wie sich die Belegschaft verhalten wird, wenn sie ihr Geld erhalten hat und die Angestellten noch weiter auf ihr Gehalt warten müssen. Hier entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, die ergab, daß die Arbeiter zwar ihr Geld entgegennehmen, aber

weiter im Kampfe verharren

wollen, bis auch die Angestellten ihre Gehälter erhalten haben und bis die Forderungen nachstehender Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, erfüllt sind:

Resolution.

1. In der am 1. September 1932 stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Bismarckhütte, an welcher annähernd 4000 Arbeiter teilgenommen haben, wurde nachstehendes einstimmig zum Ausdruck gebracht und in der Versammlung unter anderem hervorgehoben, daß, trotz des radikalen Lohnabbaues, der die Belegschaft in tiefste Armut gestürzt hat, noch weiter, durch Rücksichtslosigkeit der A. G., zum Ausdruck kommt, indem der verdiente Lohn, der bereits am 31. August d. Js. fällig gewesen, noch nicht gezahlt worden ist.

Die Belegschaft beschließt, um 12 Uhr die Arbeit niederzulegen, da bis zu dieser Zeit — wie bereits angesagt — der fällige Lohn nicht gezahlt wurde.

2. Ferner wurde die neue Lohnordnung für Eisenhütten lebhaft besprochen und zum Ausdruck gebracht, daß sie niemals von der Belegschaft anerkannt werden kann, da sie bis 60 Prozent Lohnabbau vorsieht. Die Belegschaft fordert die Ablehnung dieser Lohnbestimmungen.

3. die sofortige Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung,

4. die alte Arbeitslosenunterstützung weiter gelten zu lassen. Es wird gefordert, die Unterstützung auf 26 Wochen, unter den alten Sätzen, die vor dem 11. Juli d. Js. Geltung hatten, zu erhöhen.

5. die außertariflichen hohen Beamten-Gehälter endlich radikal abbauen zu lassen, und eine strenge Kontrolle nach dieser Richtung hin einzuführen, bei dieser Gelegenheit wird das Inkrafttreten des Paragraphen 70 B. R. G gefordert.

6. sofortige Auflösung der Syndikate, die eine unnötige Verteuerung der Produktion nach sich ziehen

7. fristlose Entlassung der überflüssigen Generaldirektoren, Direktoren, sowie außertariflichen Beamten der K. A. G. und J. G.

8. Einberufung des Schlesischen Sejms.

Wir erwarten mit Bestimmtheit von den Regierungsstellen, daß unseren Forderungen im vollem Maße stattgegeben wird.

Wielkie Hajduki, den 2. September 1932.

Dann beschäftigten sich die einzelnen Redner eingehender mit den Ursachen der miserablen Wirtschaftslage und kamen zum Ergebnis, daß das kapitalistische System in Grund und Boden verdammt werden muß, weil es unfähig ist, denn, **trotz des andauernden Lohnabbaues, sind die Herren nicht in der Lage, die lumpigen Groschen an Löhnen am fälligen Tage auszuzahlen.** Es ist daher eine wohlbegründete Forderung der Arbeiter, die

Betriebe zu verstaatlichen

und die Arbeiter in der Wirtschaft selbst Hand anlegen zu lassen. Zum Schluß wurde noch ein Zusatzantrag zur Resolution gefordert und unter Beifallsstürmen angenommen, nämlich die

sofortige Einberufung des Schlesischen Sejms.

Wenn dieser nicht arbeitsfähig ist.

soll er aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Begründet wurde die Forderung damit, daß der jetzige Sejm mit seinen 3 Arbeitervertretern nicht mehr den Wünschen der hiesigen Arbeiterschaft entspricht.

Nach Erledigung kleiner, interner Angelegenheiten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die **Solidarität der Arbeiter und Angestellten.**

Hoffentlich wird auch der Herr Szalinski daraus ersehen, daß es den Arbeitern um mehr, als nur die Lohnzahlungen, zu tun ist. Desgleich wäre es erfreulich, wenn der Herr Wojewode die Wünsche der Arbeiter, nach Eröffnung des Sejms, endlich erfüllen würde. Es dauert alles viel zu lange und erfordert viel Ausdauer und Ruhe. Aber diese gehen auch bei dem geduldigsten Menschen einmal flöten.

Weitere Streikdauer in der J. G.?

Aus Königshütte wird uns noch geschrieben:

Am Sonnabend fanden Belegschaftsversammlungen der, zur Interessengemeinschaft gehörigen, Eisenhütten statt. Nach der Berichterstattung und einer lebhaften Aussprache wurde beschlossen, solange im Streik zu verharren, bis der Arbeiterschaft restlos die Vorschüsse ausgezahlt werden. Inzwischen wurde, seitens dieser Verwaltungen, durch Aushänge bekannt gemacht, daß im Laufe des Tages an die Belegschaften 60 v. H. und die Angestellten die Restgehälter für den Monat Juli zur Auszahlung kommen wird, was auch in den späteren Nachmittagsstunden geschah. Die restlichen 40 v. H. sollen im Laufe der nächsten Tage ausgezahlt werden. Ob die Arbeiterschaft nach diesen Zusicherungen die Arbeit aufnehmen wird, wird erst der heutige Tag ergeben.

Kattowitz und Umgebung

Schwerer Kasseneinbruch im Stadtzentrum. In das Büro der Firma Schenker i Ska auf der Mlynska 14 in Kattowitz drangen Einbrecher ein, welche den Geldschrank öffneten und eine dort aufbewahrte Kassette mit 3500 Zloty erbeuteten. Gestohlen wurde ferner eine schwarze Aktentasche, dunkel eingefaßte Augengläser, ferner 2 Schlüssel. z.

Einbrecher als „Kletterkünstler". Während einer Nachtstreife erblickte ein Polizeibeamter nahe dem Gebäude der Wojewodschaft einen Einbrecher, der auf einer Regenrinne hinaufkletterte, um durch das Fenster in die Wohnung des Dr. Leo Weißmann, ulica Lompy Nr. 1 einzudringen. Der Polizeibeamte näherte sich in raschem Schritt dem Einbrecher, der jedoch kurz entschlossen auf die Erde sprang und die Flucht ergriff. Der Polizist feuerte zwei Kugeln nach dem Flüchtling ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Auf diese Weise gelang es dem Einbrecher zu entkommen. z.

Königshütte und Umgebung

Der Kampf um die eingestellte Gräfin-Lauragrube.

Am Sonnabend früh hatte sich die frühere Belegschaft der Gräfin-Lauragrube, in Höhe von etwa 800 Mann, auf dem Sportplatz, unweit der Gräfin Lauragrube, versammelt. Es wurde verlangt, daß die sofortige Inbetriebsetzung der stillgelegten Grube erfolgen soll oder die Verpachtung dieser Grube, an die, sich bemühenden, Gemeinden Königshütte und Chorzow, vorgenommen wird. Als die Belegschaft vor das Verwaltungsgebäude der Grube ziehen wollte, wurde sie an der Chorzower Brücke von berittener und Fußpolizei zurückgehalten und abgedrängt.

Aus dem Fenster gestürzt. Die 20 Jahre alte Hedwig Koslik von der ulica 3-go Maja 36 erlitt einen Nervenanfall und fiel aus dem Fenster des 1. Stockwerkes auf den Bürgersteig. Das Mädchen erlitt dadurch verschiedene Körperverletzungen, die aber nicht lebensgefährlicher Natur sind. m.

Die Gefahren der Straße. An der Straßenecke Gimnazjalna-Zjednoczenia kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Kraftwagen Sl. 5730 und dem 15jährigen Radler Karl Marzel aus Bismarckhütte. Der Radfahrer erlitt durch den Zusammenprall verschiedene Verletzungen und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. Die Schuld soll den Chauffeur Zwartek treffen, der an der Straßenecke keine Warnungssignale gegeben hat. m.

Bestrafung eines Baumfrevlers. Der Erwerbslose Roman Lukaszczyk aus Orzegow hatte ein Vergnügen daran, jungen Bäumchen in den Orzegower Anlagen die Kronen abzubrechen. Er wurde dafür vor Gericht gestellt und zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. m.

Siemianowitz

Zur Streiklage in Siemianowitz.

Nachdem schon am Freitag nach Bekanntwerden des Streikbeschlusses die Nachmittagsschicht in der Laurahütte die passive Resistenz ausgeübt hatte, ruhte die Arbeit am Sonnabend vollständig. Die Arbeiter erschienen zur Arbeit und warteten auf die Belegschaftsversammlung, welche für 10 Uhr vormittags angesetzt war. Der Betriebsrat eröffnete zur festgesetzten Zeit die Versammlung und gab einen Situationsbericht über die Streiklage. Danach streiken alle der Interessengemeinschaft angehörigen Werke und verlangen die sofortige Auszahlung des ganzen Vorschusses. Der Kampf wird nicht eher abgebrochen, als bis diese Forderung erfüllt ist.

In die Forderung ist auch noch die Rückgängigmachung des Akkordabbaues und die Entlassung der überflüssigen hohen Gehaltsempfänger einbezogen worden. Da mittlerweile die Zahlung von 60 Prozent des Vorschusses sowie die Zahlung des Restgehalts pro Juli bekannt gemacht wurde, nahm die versammelte Belegschaft einschließlich der Angestellten hierzu Stellung. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, im Streik zu verharren bis zur restlosen Erfüllung aller Forderungen. Desgleichen wurde mit Einstimmigkeit beschlossen, die Notstands-

arbeiten nicht auszuführen. Nachdem noch in der Diskussion zum Ausdruck kam, die Arbeitsstellen nicht zu verlassen, wurde die nächste Versammlung auf Montag, vormittags 9 Uhr, festgesetzt, wo über die weitere Lage Bericht gegeben werden soll. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen und die Arbeiter gingen wieder in die Betriebe zurück.

Um 2 Uhr nachmittags wurde dann die angesagte Rate zur Auszahlung gebracht. Sämtliche Angestellten haben sich der Streikbewegung angeschlossen und wollen bis zur Auszahlung des ganzen rückständigen Gehaltes im Streik verharren. Auf den hiesigen Gruben Ficinus- und Richterschächte beginnt der Streik Montag früh. —o.

Maczejkowitz. (Vom Pech verfolgt.) Von einem Halblastauto wurde die 13jährige Hildegard Niedworak in Michalkowitz angefahren und an Händen und Beinen verletzt. Das Mädchen wurde mit dem gleichen Kraftwagen zum Arzt geschafft und dann nach dem Knappschaftsspital in Siemianowitz überführt. Auf dem Rückwege nahm der Autoinhaber, der Fleischermeister Theodor L. aus Michalkowitz die Marie Buballa mit ihrem 2jährigen Kinde, sowie die Gertrud Rzepka auf seinem Kraftwagen mit. Er hatte in der Nähe der Maxgrube einen weiteren Verkehrsunfall und zwar prallte er gegen einen Chausseebaum, wobei der Kraftwagen erheblich beschädigt wurde. Die Marie Buballa und ihr Kind trugen leichtere Verletzungen davon. Die Rzepka und der Fleischermeister L. dagegen kamen ohne Verletzungen davon. x.

Myslowitz

Steinwürfe gegen Wohnungen von Minderheitsangehörigen.

In der Ortschaft Birkenthal sind in der Nacht zum Sonnabend vergangener Woche die Fenster der Wohnungen von mehreren Familien, die zur deutschen Minderheit gehören, mit Steinen eingeworfen worden. Dieser Vorfall ist auf die letzten Verhandlungen, um eine deutsche Minderheitsschule in Birkenthal zurückzuführen. Die Täter sind noch unbekannt. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Die, seit längerer Zeit bestehende deutsche, Minderheitsvolksschule in Birkenthal ist in diesem Jahre aufgelöst worden. Den deutschen Eltern wurde geraten, ihre Kinder nach dem 2½ Stunden entfernten Anhalt zu schicken. Für Birkenthal selbst seien die notwendigen Räume nicht vorhanden. Ein Gebäude ist zu dunkel, das andere ist zu klein. Neubauten werden nicht gestattet, da das Baugelände regelmäßig als von der Grube unterbaut und deshalb für eine Schule ungeeignet gilt. Auf diese Weise ist es nicht einmal möglich, sich eine neue Schule aufzubauen. Wenn man aber die Kinder tagtäglich den weiten Weg nach Anhalt zurückzulegen heißt, dann glaubt man, daß dies ohne weiteres ginge. Es wird doch jeder verstehen können, daß die Kleinen, besonders im kommenden Winter, einen solchen Weg nicht allein zurücklegen können. Wie sich also die ganze Angelegenheit nnoch gestalten wird, ist vollkommen ungewiß.

Ob die Steinwürfe etwas nützen werden, ist fraglich. Nur sollten die Behörden energisch nach den „Helden" fahnden, um solche Methoden nicht erst wieder einreißen zu lassen. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Rigorose Behandlung der Turnusurlauber.

Die Entlassungen in der Industrie haben durch die Turnusverschickung nur eine Verschleierung erfahren, um die Industriemagnaten zu entlasten und ihnen die Arbeiter auszuliefern. Die Arbeiter gaben sich zunächst damit zufrieden, weil die Sicherheit bestand, daß sie wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkommen. Die Industriellen nützen jedoch, wie es ja auch nicht anders zu erwarten war, diese Einführung zu ihren Gunsten aus, indem sie die Arbeiter nach Belieben zurückziehen und sobald die Arbeit fertig war, wurden sie wieder auf den Arbeitsnachweis geschickt, so daß der Turnus nichts weiter, als eine Kette von Unterbrechungen und Laufereien wurde.

Die Verordnung vom Juli d. Js. nahm man den Turnusurlaubern zu 90 Prozent die Unterstützung vollkommen, denn jeder Arbeiter muß 156 Schichten verfahren haben, vom Entlassungstage rückwirkend, bis zu einem Jahre gerechnet, wenn er überhaupt in den Genuß der Unterstützung kommen will. Feierschichten, Krankheit und Sonntage haben keine Geltung. So erhalten von den gegenwärtig in Turnus weilenden 780 Mann der Bismarckhütte, ungefähr 90 Mann die fragliche Unterstützung, alle anderen haben soviel gefeiert, daß sie die 156 Tage nicht nachweisen können und auf diese Weise auch nicht die Unterstützung erhalten. Daß darüber in den Kreisen der so schwer Geschädigten eine große Aufregung herrscht, ist nur zu verständlich. Sie führen erregte Debatten und sind in hellster Verzweiflung, haben sie doch schon seit dem 1. August keinen Pfennig oder Groschen mehr erhalten. Sogar die Interventionen der Betriebsräte beim Herrn Starosten oder beim Bürgermeister Grzesik, brachten nur Versprechungen und die Zusage von etwas Mehlverteilung. Und als man den Herrn die Frage vorlegte, wovon die Menschen leben sollen, daß es doch von einer Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse spricht, solche Gesetze herauszugeben, so meinten sie, nichts dafür zu können, da sie die Gesetze nicht machen, sondern Warschau.

Das ist schließlich wahr, aber die Herren haben die Pflicht, als Beamte und Abgeordnete auf die Gefahren und eventuellen Auswirkungen solcher Maßnahmen ihre vorgesetzten Behörden aufmerksam zu machen. Wenn auch die Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien eine Portion Elend und Not vertragen, so muß doch einmal eine Grenze in dieser Hinsicht gezogen werden. Den Betriebsräten und Gewerkschaften empfehlen wir, den Verwaltungen einen Riegel vorzuschieben, damit nicht Leute in Turnus geschickt werden, die bereits ihre Unterstützungen entnommen haben und dann dem Elend preisgegeben sind. Leider tragen die Betroffenen selbst eine große Schuld daran, weil sie sich zu wenig für alle Dinge im Arbeiterleben interessieren. Schimpfen hat dann wenig Zweck, Aufklärung tut not!

Lohnpolitik und Schlichtungswesen

Als ein wesentlicher Bestandteil der staatlichen Lohnpolitik ist das

Schlichtungswesen

anzusehen. Die Lohnkämpfe die so alt sind wie der Kapitalismus selbst, haben mit dem Zusammenbruche der monarchistischen Staatsform und dem Aufleben der politischen Freiheit im Jahre 1918 einen großen Umfang angenommen. Der Staat hatte das größte Interesse neben den politischen Ereignissen auch das innerstaatliche Wirtschaftsleben nicht dem vollkommenen Chaos zu überlassen und auch dieses in geordnete Bahnen zu lenken. Vor noch größeren Erschütterungen das Wirtschaftsleben zu bewahren, welches gezwungen war sich von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umzustellen, galt es die

Lohnkämpfe in ihrer Dauer zu begrenzen

oder was dem Staate zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft als unerläßlich erschien, ganz zu unterbinden. Dieser Gedankengang ist einer der wesentlichsten von welchen sich der Initiator des Schlichtungswesens leiten ließ. Aus diesen Tatsachen heraus, die ein staatliches Eingreifen in die Lohnkämpfe rechtfertigen, entstand auch das Schlichtungswesen, das sich zur höchsten Aufgabe stellte auch die

Interessen der Arbeiterklasse auf friedlichem Wege zu regeln.

Der Gedanke zur Bildung von Schlichtungsausschüssen entsprang dem Hilfsdienstgesetz vom 5. 12. 1916. Seine Aufgaben waren Streitigkeiten, die sich aus den Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes ergeben haben, zu schlichten. Ein Ausbau der Schlichtungstätigkeit und dessen Ausdehnung auch auf das gesamte Tarifvertragswesen erfolgte erst durch eine Verordnung der Volksbeauftragten am 23. 12. 1918. Mit dieser gleichen Verordnung fand auch das Tarifvertragswesen seine staatliche Anerkennung. Auf Grund dieser Verordnung sollten jedoch die Schiedssprüche der Schlichtungsinstanzen keine rechtsverbindliche Kraft haben. Die Entscheidung der Annahme lag bei den in Frage kommenden Kampfparteien ob sie den Schiedsspruch annehmen oder aber ob sie den Kampf fortzuführen gewillt sind.

Diese Rechtslage des derzeitig angewandten Schlichtungsverfahrens erfuhr mit der Verordnung vom 4. 1. 1919 eine wesentliche Aenderung. Sie gab dem

Demobilmachungskommissar als oberste Schlichtungsinstanz

das Recht, Schiedssprüche, denen sich die Parteien nicht unterwarfen, für verbindlich zu erklären. Beide Parteien mußten den Kampf unterbrechen, den Spruch zwangsläufig anerkennen. Diese neugeschaffene Situation bedeutete nichts anderes, als für den Fall, daß Lohnkämpfe die nicht mit anderen Mitteln beigelegt werden konnten, Lohnfestsetzung durch den Staat.

Das Schlichtungswesen, das zweifellos neben den Vorteilen auch Nachteile für die Arbeiterklasse in sich birgt soll nicht geleugnet werden. Allerdings ist es ein Fehler, wenn von seiten der Arbeiterschaft nur die Nachteile des Schlichtungswesens in den Vordergrund gerückt werden und das Schlichtungswesen als Ganzes der unsachlichsten Kritik unterzogen wird.

Die Nachteile für die Gewerkschaften die in dem Falle einer Verbindlichkeitserklärung liegen können, sind, daß sie zwangsläufig gezwungen werden einem

klar und berechtigten Lohnkampfe auszuweichen.

ohne Vermögensrisiken einzugehen, was verbunden ist mit einer evtl. Lahmlegung ihrer Aktivität auf Jahre hinaus. Den Arbeitern bleibt jedoch die Möglichkeit auch nach der Verbindlichkeitserklärung um ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen allerdings was von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt ist, ohne Anteilnahme der Gewerkschaften.

Die Vorteile des Schlichtungswesens die jedoch höher als die Nachteile zu bewerten sind liegen einmal, wie eingangs erwähnt wurde, in der Möglichkeit eine

störungslose Abwicklung der innerstaatlichen Wirtschaftsverhältnisse

zu sichern. Ein andermal können sie auch dahin reichen, als in manchen Fällen durch die Schlichtung die Gewerkschaftsarbeit eine Stütze erfahren kann, die gegen Forderungen unverantwortlicher Elemente welche alles oder nichts predigen, nicht unterschätzt werden darf. Das Schlichtungswesen kann und trägt auch in den meisten Fällen dazu bei, daß in Zeiten ausbrechender Wirtschaftskrisen die bestehenden Löhne gehalten oder was ausnahmsweise zutrifft, daß diese nicht in dem Maße gesenkt werden, wie es die Unternehmer gern haben möchten. Die Frage ob in Zeiten einer Wirtschaftskrise durch offene Austragung von Lohnkämpfen dasselbe Resultat zu verzeichnen wäre, muß logischerweise verneint werden. Der Erfolg, auch in Krisenzeiten den bestmöglichsten Lohn zu halten bezw. zu erzwingen, wird umso bestimmter und sicherer eintreffen, je größer der politische Einfluß der Arbeiter sein wird. Eine Tatsache ist es doch, daß die besten Gesetze ihre Daseinsberechtigung verlieren und gar nichts nutzen,

wenn deren Durchführung und Auslegung einer Klassenschicht obliegt, die in diesen eine Einengung ihrer Herrenrechte sieht.

Außerdem gehört zu den Vorteilen des Schlichtungswesens, das die Lohnfrage in weit größerem Maße als es früher der Fall war zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist. Es sind Anzeichen vorhanden, daß der Staat nicht

einseitig in die Lohnentwicklung

eingreifen kann, ohne sich zugleich um die Preisentwicklung zu kümmern. Werden die Löhne gesenkt, so hat der Staat das größte Interesse um die Kaufkraft nicht überhand sinken zu lassen. Soll der Reallohn gehalten werden, so muß bei steigenden Lebenshaltungskosten der Nominallohn entsprechend gesteigert werden. Betrachtet man, daß trotz der Gefahren, die sich aus dem Schlichtungswesen für die Arbeiterklasse ergeben können, so müssen diese um der Vorteile willen, welches es in seiner Gesamtheit der Arbeiterklasse mit sich bringt, mitgetragen werden. Die Tatsache, daß nicht allein von der Lohnseite das soziale Problem gelöst werden kann, muß zu erkennen geben, daß wenn die Möglichkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Reallöhne der Arbeiter nach Belieben zu erhöhen, bestehen würde, nichts anderes zu bedeuten hätte, als daß die heutige Gesellschaftsordnung das Ideal der gesamten Menschheit sein würde. Da dies nicht sein kann und auch nicht eintreffen wird, ist es Aufgabe der staatlichen Lohnpolitik danach zu trachten.

um eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System selbst herbeizuführen.

Diese Folgerichtigkeit kann aber nur dann zum endgültigen Ziele führen, wenn sich die Arbeiterklasse der in ihr

schlummernden Macht bewußt

wird und mit aller Kraft der Gewerkschaftsidee sowie der sozialistischen Weltanschauung zur weiteren Expansion den Weg ebnet, was zu reiner politischen Machtdurchsetzung des Staatsapparates durch die Arbeiterklasse als Voraussetzung gilt. Die Erkenntnis dieser bitteren aber unumgänglichen Notwendigkeit sollte das Denken aller arbeitenden Menschen erfüllen. M. K.

Pleß und Umgebung

In der Jauchegrube ertrunken.

Auf tragische Weise kam das kleine, knapp ein Jahr alte Töchterchen des Alois Czerwionka zu Tode. Das Kind tummelte in der Hofanlage der Katharina Szlachta und fiel in eine Jauchegrube, wo es auf jämmerliche Weise ertrank. Die Beaufsichtigung des Kindes hatte die 63jährige Marie Kukowka, die sich für einen kurzen Moment in die Wohnung begeben hatte. In dieser kurzen Zeitspanne ereignete sich das Unglück. Nach etwa 15 Minuten wurde das Kind geborgen, doch waren Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. x.

Ehrenburg:

DIE HEILIGSTEN GÜTER

Roman der großen Interessen

32)

Er war schwerlich als glänzender Politiker oder sehr gewiegter Diplomat zu bezeichnen; immerhin war er kein Stumpfbock. Er begriff sehr gut die Interessen der Pottasche wie auch des Eisens. In manchem gelang es ihm, von Ulrich zu überlisten: stand doch hinter Bernards Rücken der unsichtbare Wainstein; der aber wußte, was er zu tun hatte: „Diese Deutschen muß man an der Gurgel halten ..."

Von Ulrich hatten die Verhandlungen mit schlimmster Neuralgie beschenkt: so war zu den übrigen Leidenstationen eine neue, allerdings erhaben, hinzugekommen: nicht ohne Stolz pflegte von Ulrich seinen Mitarbeitern gegenüber zu betonen, daß ihm der Kopf, ja, ausdrücklich der Kopf, schmerze. Olson, der gerade zu Beginn der Verhandlungen in Paris eingetroffen war, bestand auf dem Eisen. Bernard hingegen wollte es bei der Pottasche bewenden lassen. Andererseits hatte Bernard, entgegen allen Erwartungen der Wilhelmstraße, als erster die Rede auf die allgemeine politische Lage gebracht (allerdings außerhalb der Sitzungen, bei einem der Diners), wobei er, wenn auch nicht den offiziellen, so doch den offiziösen Charakter des Gespräches betonte. Auf diese Weise kam Rußland unmittelbar nach der Pottasche dran. Olson unterstützte in diesem Punkt Herrn von Ulrich, wobei es klar war, daß er gerade hierbei Wainstein zu Fall bringen wollte, doch vermochte von Ulrich auf keine Weise festzustellen, worin ihre Meinungen eigentlich auseinandergingen. Als Olson von dem unerwarteten Bundesgenossen erfuhr, zuckte er nur die Achseln, als man aber Wainstein mitteilte, daß auch Olson eine gemeinsame Front gegen Rußland zu bilden vorschlage, meckerte er gutmütig: Dazu wäre diabolische Schlauheit vonnöten! ...

Von Ulrich schluckte Pillen und seufzte bekümmert. Weder Porträts, noch Philosophie, noch Telegramme aus Berlin konnten ihm helfen. Manchmal meinte er, Bernard stehe im Mittelpunkt des Spieles. Dieser behende und geriebene Südländer imponierte ihm. Sollte vielleicht Bernard beide — Wainstein wie Olson — überlistet haben? Sollte er vielleicht die Amerikaner überredet haben, ihm beizuspringen? ... Wenn Bernard vor Ekel mürbe wurde, so ermattet von Ulrich im Gegenteil unter der Vergötterung dieses Volkes, mit dem er vor zwölf Jahren gekämpft hatte, und das jetzt gegen sein Vaterland zwar nicht Feindschaft, aber doch eine trotz Bernards Lächeln und trotz ausgesuchten Menüs fühlbare Mißgunst hegte. Alles hier versetzte von Ulrich in Entzücken: die Redegabe Bernards, die Gewandtheit der Kokotten, die nachts die deutsche Delegation erfrischten, der Obelisk auf der Place de la Concorde, die bläuliche Abenddämmerung und das kalte Triumphieren des Bogenlichtes über den dem Müßiggang huldigenden Boulevards. Der Name „Champs Elysees" entsprach vollkommen seinen Empfindungen: die Begeisterung über Paris verschmolz mit klassischen Reminiszenzen.

Die gehobene Stimmung hinderte jedoch von Ulrich nicht daran, in geschäftlichen Dingen vollständig nüchtern zu bleiben. Gewiß, dies hier war ein Eden, und Berlin damit verglichen nur ein schweißtreibendes Fegefeuer. Immerhin, da man nun mal gezwungen war, im Fegefeuer zu leben, mußte es behaglich eingerichtet, geschmückt, renoviert werden. Er kämpfte mit Bernard um sein Recht auf ein Leben zweiter Sorte, das nichtsdestoweniger — ein Leben war. Stur und nur fähig, drauflos zu schlagen, siegte er durch Ausdauer. Dies zeigte sich besonders in der russischen Frage; von Ulrich machte Ausflüchte: die öffentliche Meinung, die Rolle der Arbeiterorganisationen, schließlich die Gefahr eines Blocks der zwei extremen Flügel, — des rechten und des linken. Er wollte nichts versprechen. Er wartete auf konkrete Vorschläge. Bernard seinerseits folgte strikt den Weisungen seines Ministeriums, das Terrain zu sondieren. Ihre Gespräche über Rußland bestanden aus einer Reihe qualvollen Pausen. Beide vermieden Tätigkeitsworte, sogar im Konjunktiv.

Die Sache mit der Pottasche ging unterdessen vorwärts. Es kam der entscheidende Augenblick. Auf dem Tisch, der mit smaragdfarbenem Tuch bedeckt war, auf dieser mythischen Waldwiese, auf der Nymphen herumlaufen sollten, lagen Federhalter bereit, „weltgeschichtliche" selbstverständlich. Bernard las mit vor Erregung fortwährend überschnappender Stimme:

„Zwischen dem „Pottasche-Konzern" G. m. b. H., Sitz Berlin, weiterhin kurz „Konzern" benannt, und der „Pottasche-A.-G.", Sitz Paris, weiterhin „Gesellschaft" genannt, wird folgendes, auf dem Vertrag von Locarno vom 10. April 1926 beruhende Abkommen getroffen. Paragraph eins ..."

Von Ulrichs Feder knallte rätselhaft wie der Train der kaiserlichen Armee der sich im regnerischen Herbst jenes schon fast vergessenen Jahres aus Belgien ostwärts schleppte. Am Abend waren die Mitglieder beider Delegationen in die Oper eingeladen. Es wurde „Tannhäuser" gegeben. Bernhard unterdrückte ein Gähnen: er haßte diese Musik, die stur und laut war wie das Lachen von Ulrichs. Da war „Lakme" doch etwas ganz anders — Glanz, Koloratur. Nun, er hatte auch das Theater als Fortsetzung seiner verantwortungsvollen Arbeit zu betrachten. Mochten die Deutschen es wissen: „Wir sind für Annäherung, wir begeistern uns zum Beispiel sogar für Wagner ..." Von Ulrich applaudierte puterrot.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Wieder einer wegen der Krise aus dem Leben geschieden. Die Krise fordert fast soviel Menschenopfer wie ein Krieg. Nicht genug an dem, daß viele Menschen infolge Unterernährung an den verschiedensten Krankheiten sterben, legen viele aus Verzweiflung Hand ans Leben und ziehen den Tod diesem elenden Hundeleben vor. In der letzten Zeit hat der 48jährige Robert Heß, gewesener Monteur bei der Firma Quisset und Geppert durch Gasvergiftung seinem Leben ein Ende gemacht. Der Lebensmüde war schon durch 3 Jahre arbeitslos. Wer kann sich da die Seelenkämpfe vorstellen, die ein solch Bedauernswerter durchkämpft, bis er sich zu so einer Verzweiflungstat entschließt. Eine verfluchte Wirtschaftsordnung, die solche Verzweiflungstaten zeitigt.

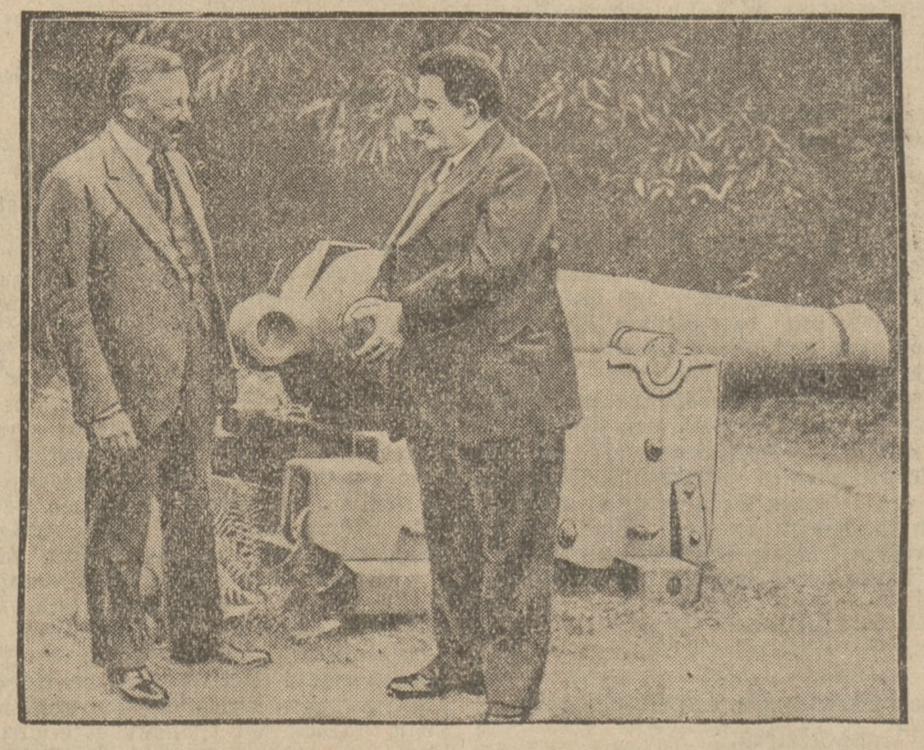
Ein mißglückter Fluchtversuch. In der Nacht zum 3. d. Mts. traf der Nikelsdorfer Polizeiposten auf der Patrouillierung an der Kamitzer Grenze, unweit der Kamitzer Post, einen verdächtigen Menschen, der sich um die Häuser herumschlich. Als er sich beobachtet sah, ergriff er über die Zäune die Flucht. Als er auf den Anruf nicht stehen blieb, gab der Polizeiposten aus seinem Dienstrevolver zwei Schüsse hinter dem Flüchtigen ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Er wurde verhaftet und man erkannte in ihm den durch die Bezirkshauptmannschaft lang gesuchten Dieb Jan Mazon.

Kundmachung. Die bei der Bielitzer Bezirkshauptmannschaft tagende Preisprüfungskommission hat für den Bielitzer Bezirk folgende Maximalpreise für die Artikel des ersten Bedarfes festgesetzt: 1 Kg. Rindfleisch mit 20proz. Zuwage 1,20—1,60 Zloty. 1 Kg. Kalbfleisch mit 20proz. Zuwage 1.20—1,60 Zloty. 1 Kg. Schweinefleisch mit 20proz. Zuwage 1,60—1,80 Zloty. 1 Kg. frischen Speck 2,00—2,20 Zloty. 1 Kg. Schmeer 2,00—2,20 Zloty. 1 Kg. gewöhnliche Wurst 2,20—2,40 Zloty. 1 Kg. Schinkenwurst 4 Zloty. 1 Kg. Schinken 5 Zloty. 1 Kg. Kornbrot (65 Prozent) 0,38 Zloty. 1 Kg. Kornbrot (dunkles) 0,34 Zloty. 1 Kg. Kornmehl (65proz. im detail) 0,38 Zloty. 1 Kg. Weizenmehl (griffiges) im detail 0,62 Zloty. Obige Preise gelten vom Tage der Verlautbarung in allen Gemeinden des Bielitzer Bezirkes.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 2. d. Mts. stahlen unbekannte Täter aus einem verschlossenen Schuppen, welchen sie mittels Nachschlüssel öffneten, dem Josef Romera aus Czechowitz ein älteres Fahrrad, welches die Marke „Viktoria" trug. Das Fahrrad war schwarz lackiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Kundmachung. Auf dem Gebiete der Stadt Biala wurde eine Geldbörse mit einem kleinen Geldbetrage gefunden. Der Verlustträger kann sich diese am Bialaer Magistrat, Kanzlei Nr. 4, in den Amtsstunden abholen.

Alzen. Der Artikel, den wir am Sonntag, 28. August, unter der Ueberschrift: „An die Adresse der Arbeitsinspektoren" gebracht haben, hat tüchtig eingeschlagen. Diejenigen, die sich getroffen fühlen, fragen eifrig nach dem Einsender dieses Artikels. Nun, darüber sollen sich diese Heuchler nicht den Kopf zerbrechen. Sie täten als gute Christen (die doch die Alzener sein wollen), viel besser, wenn sie die christliche Nächstenliebe ihren armen Mitchristen betätigen würden. Es heißt doch in der heiligen Schrift: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem einen, der keinen hat", und „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!" Wie dürfen sich denn diese Menschen noch Christen nennen, wenn sie die christlichen Grundsätze nicht befolgen. Da sind die Sozialisten doch bessere Christen, wenn sie auch nicht, wie jene Heuchler, jeden Sonntag in der Kirche auf den Knien rumrutschen. Heute müssen wir uns einigermaßen mit einem gewissen Czauderna eingehender befassen. Derselbe ist Webmeister bei der Firma Samuel Wolf in Bielitz. Derselbe hat sich durch genannten Artikel auch getroffen gefühlt und war deshalb furchtbar aufgeregt, daß man diese „Agrarier" angegriffen hat. Er hat sogar geäußert, daß er zwei Arbeitsplätze frei hätte, aber anstatt diese Alzner Hungerleider, habe er lieber zwei Goralen aus der Saybuscher Gegend genommen, von denen jeder 6 Joch Feld hat. So spricht ein Mitglied der deutschen katholischen Volkspartei aus Alzen! Dieser Czauderna hat auch schon seine Vergangenheit vergessen. Als nach dem Zusammenbruch des Weltkrieges die sozialistische Partei groß und stark wurde und an Einfluß gewann, da wurde auch aus einem christlichsozialen Saulus ein sozialistischer Paulus, und dieser Herr Czauderna drängte sich vor, um für sich nur recht viele Vorteile herauszuschlagen. Sogar in den Vorstand des Alzner sozialistischen Konsumvereins und in die Gemeindevertretung ließ er sich von den Sozialisten wählen. Auch war er froh, daß ihm die sozialistischen Vertrauensmänner einen besseren Lohn in einem Betriebe, wo er als Weber beschäftigt war, ausgearbeitet haben. Als er dann zum Webmeister avancierte, dann ließ er die Sozialdemokraten im Stich und wurde wieder ein strammer Christlichsozialer. Diese sogenannten Novembersozialisten wechseln mit ihrer Gesinnung wie mit einem beschmutzten Hemd. — Vorläufig wollen wir für heute schließen, geben aber dem Herrn Czarderna den guten Rat, sich nicht jetzt so protzig zu zeigen, denn ein Sprichwort sagt: „O, wie gern der Ochs vergißt, daß er einst nur auch ein Kalb gewesen ist.



Neues englisch-französisches Gentlemen-Agreement?

Der französische Ministerpräsident Herriot (rechts) und der englische Innenminister Sir Herbert Samuel weilten gemeinsam zu politischen Besprechungen auf der englischen Kanalinsel Jersey, wo sie unser Bild zeigt. Diese Zusammenkunft gab Anlaß zu dem Gerücht, daß ein neues Gentlemen-Agreement zwischen England und Frankreich für die Weltwirtschaftskonferenz in Vorbereitung sei.

„Wo die Pflicht ruft!"

Achtung sozialistische Gemeindevertreter.

Am Samstag, den 10. September 1932 findet um 5 Uhr nachm. im Alexanderfelder Arbeiterheim eine **Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter** mit folgender Tagesordnung statt:

1. Eröffnung und Wahl des Präsidiums.
2. Die soziale Fürsorge in den Gemeinden.
3. Sozialistische Kommunalpolitik.
4. Anträge und Anfragen.

Diese Konferenz findet auf Grund schriftlicher Einladungen statt. Die ausgesendeten Einladungen gelten auch als Legitimation bei der Konferenz. Sämtliche deutsch-sozialistischen Gemeindevertreter aus dem Bielitzer Bezirk werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.
Bezirk Bielitz.

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Montag, den 5. September, um 4 Uhr nachm., Handballtraining, abends 7 Uhr Theaterprobe.

Dienstag, den 6. September, um 7 Uhr abends, Gesangstunde.

Mittwoch, den 7. September, ½5 Uhr nachm., Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, den 8 September, um 4 Uhr nachm., Handballtraining, um 7 Uhr abends Theaterprobe.

Samstag, den 10. September, um 5 Uhr nachm., Komiteesitzung.

Sonntag, den 11. September: Näheres an der Anschlagstafel.

Die Vereinsleitung.

Voranzeige! Der Verein Jugendlicher Arbeiter Bielsko veranstaltet am Samstag, den 15. Oktober l. Js. in den Lokalitäten des Arbeiterheimes seine diesjährige Jugendfeier mit gutem und reichhaltigem Programm. Alle Parteigenossinnen u. -genossen sowie Kultur-, Sportvereine und Sympathiker werden schon jetzt auf das Herzlichste eingeladen und ersucht, sich diesen Tag freizuhalten. Der Vorstand.

Frauenrepubliken im südamerikanischen Urwald

Die ersten Berichte über Amazonenstaaten. — Bisher unbekannte Stämme unter Frauenherrschaft entdeckt. — Strenge Verfassung entrechtet die Männer.

Die Amazonensage ist alt, sehr alt. Unzählige Generationen, die klassische Studien betrieben haben, sind mit Achselzucken über die Stelle hinweggegangen, wo ein Heer von Amazonen dem schwer bedrängten Troja zu Hilfe kommt. Die spielerische Phantasie der Kunst zweier Jahrtausende hat sich mit dieser Amazonenschar beschäftigt und sehr, sehr spät ist erst die Forschung dieser seltsamen Ueberlieferung nachgegangen und hat Untersuchungen darüber angestellt, ob sich ein solches Amazonenvolk wirklich nachweisen läßt. Hat der alte Vater Homer gelogen? Es ist kaum anzunehmen. Man nimmt heute übereinstimmend an, daß die Amazonenberichte der Iliade auf Wahrheit beruhen. Man tut das um so mehr, als man in der Zwischenzeit Gelegenheit gehabt hat, sich von der Existenz lebender Amazonenvölker zu überzeugen.

Die erste Kunde von solchen lebenden Amazonen rührt aus der Zeit der Entdeckung Amerikas. Als Kolumbus von seiner zweiten Reise aus den neuentdeckten Ländern zurückkehrte, führte er den erstaunten Spaniern einige Frauen vor, die er in Anlehnung an die klassischen Sagen „Amazonen" nannte. Leider boten die von Kolumbus mitgebrachten Amazonen ein überaus klägliches Bild. Furchtbare Strapazen und die ewig lange Reise hatten aus den kraftvollen Frauen ausgemergelte Kreaturen gemacht, die nur Spott und Gelächter ernteten. Sie starben in Spanien binnen wenigen Wochen an der Schwindsucht.

Der erste, der in ernsthafte Berührung mit streitbaren Amazonen geriet, war der spanische Eroberer und Entdecker Orellana, der es mit einem selbstgezimmerten Schiff zum erstenmal wagte, den Amazonenstrom stromaufwärts, soweit er schiffbar war, zu befahren. Es war eine der abenteuerlichsten Fahrten, die je unternommen wurden. Braune, großgewachsene Frauen griffen das Entdeckungsschiff verschiedentlich an und brachten die Besatzung in ernstliche Ungelegenheiten. Es mußten mehrere Gefechte auf dem Land und zu Wasser mit diesem seltsamen Mannweibvolk ausgefochten werden, bevor das Schiff seine Reise fortsetzen konnte. Mehrere Amazonenkriegerinnen wurden dabei gefangengenommen und mußten an Bord Sklavendienste verrichten. Meistens gelang es ihnen aber, wieder zu fliehen. Nur eine Amazone blieb schließlich an Bord, die sich sogar als Dolmetscherin äußerst nützlich machte. Auf der Rückreise zur Strommündung verschwand auch sie eines Nachts zum großen Leidwesen Orellanas spurlos. Der Urwald hatte sie wieder verschluckt. Jahrhunderte vergingen dann wieder nach diesen spanischen Entdeckungsreisen, und man war schon von neuem geneigt, die Amazonensage samt und sonders zu den Märchen zu rechnen. Der wissenchaftliche Entdeckerwille unserer Zeit hat schließlich erst den Beweis ermöglicht, daß es tatsächlich Amazonenvölker auf unserer Erde gibt.

Zwei Entdeckungsreisen der jüngsten Zeit haben uns Berichte von den lebenden Amazonen übermittelt. Die eine hat der spanische Gelehrte Professor Hervandez unternommen, die zweite, die größtenteils per Flugzeug über den südamerikanischen Kontinent zurückgelegt wurde, war die Hamilton-Nice-Expedition.

Die Forschungsreise des Professor Hervandez führte auf die zu Mexiko gehörige Insel Tiburek. Das Gebiet dieser Insel, die völlig abgelegen vom großen Weltverkehr liegt und bisher nie betreten wurde, ist von einem Indianerstamm bewohnt, der bis heute uralte Stammestradition rein und unverfälscht erhalten hat. Auch die altmexikanischen Menschenopfer sollen dort noch Brauch sein.

Wesentlich ist aber, daß auf dieser Insel, die etwa 5000 Einwohner zählt, ausschließlich Frauen regieren. Die Geschlechter leben völlig abgesondert und das weibliche Geschlecht nimmt darunter eine mehr als privilegierte Stellung ein. Durch eine wahnsinnige, bewußt betriebene Inzucht ist die Einwohnerzahl rapide im Schwinden.

Die oberste Regierung liegt in den Händen einer von den Frauen gewählten Frau — Männer genießen überhaupt kein Wahlrecht —, der zur Seite ein Rat von Matronen steht. Die Männer haben ausschließlich niedere Arbeiten zu verrichten und dürfen sich nur auf besonderen Wunsch den weiblichen Wohnstätten nahen. Einmal im Jahr ziehen Männer und Frauen für wenige Tage zusammen; diese Spieltage sind von großen kultischen Festen begleitet. Die Kinder, die zur Welt kommen, werden nur dann aufgezogen, wenn sie kräftig und gesund zu werden versprechen. Wenn sie schwächlich und nicht lebensfähig erscheinen, werden sie ausgesetzt. Die Kindererziehung liegt ausschließlich in weiblichen Händen. Die männlichen Kinder werden, sobald sie das Pubertätsalter erreicht haben, aus der Frauenreservation gejagt.

Die Männer aus Tiburek sind ganz im blinden Gehorsam dem starken weiblichen Geschlecht gegenüber erzogen. Auf den kleinsten Akt des Ungehorsams werden sie zu einer Strafe verurteilt, die aufs grausamste vollzogen wird. Es ist ein wahres Unglück, auf Tiburek als Mann geboren zu werden.

Der Amazonenstamm, auf den die Expedition Hamilton-Rice bei ihrer Erforschung der Quellgebiete des Orinoco stieß, ist wesentlich anders geartet und scheint eine noch strengere Verfassung zu haben. Die Frauen dieses Amazonenstammes, die entlang des Inìridaflusses wohnen, leben den allergrößten Teil des Jahres überhaupt ohne Männer und bilden eine strenge, ganz abgeschlossene Frauenrepublik. Sie sind zum größten Teil ausgezeichnete und kühne Jägerinnen, widmen sich aber auch dem Fischfang. Ein einziges Mal im Jahre, während der Monate April und Mai, schicken sie Sendboten in die benachbarten Indianerdörfer und fordern die Jünglinge auf, für diese Zeit in ihr Reich zu kommen. Die jungen Leute werden festlich empfangen, ausgezeichnet bewirtet und leben zwei Monate lang in eitel Freude und Wonne. Es ist ihnen nur aufs strengste untersagt, das geringste über das, was sie gesehen und gehört haben, weiterzuerzählen. Dieses Schweigegebot wird von den jungen Männern, die den Amazonenstaat in der erwähnten Weise betreten haben, auch streng innegehalten. Den amerikanischen Forschern gelang es nicht, auch nur das geringste über die geheimnisvollen Sitten und Gebräuche dieses Weibervolkes zu erfahren. Das Eindringen in den Urwald der dortigen Gegend ist fast unmöglich, weil nicht nur die Natur unüberwindliche Hindernisse in den Weg legt, sondern weil auch die vergifteten Pfeile der Indianer eine Waffe sind, gegen die nichts Schutz bietet. So mußten es sich die Forscher versagen, in das Frauenreich selbst vorzudringen und mußten sich auf das beschränken, was sie vom Flugzeug aus beobachten konnten. Lediglich an den Flußufern gelang es ihnen, einige Male mit den Amazonen in Berührung zu kommen. Aber nur bis auf Rufweite.

Th. B.

Die Schlacht von Peterloo

Aus der Geschichte der Weber von Lancashire

Wieder einmal stehen die englischen Baumwollweber im Kampf. Die Grafschaft Lancashire, das Reich des Königs Baumwolle, ist alter historischer Kampfboden. Die nachstehende Erinnerung an eine vergangene Episode dieser großen geschichtlichen Kämpfer gewinnt darum gerade jetzt besondere Bedeutung.

Die englische Grafschaft Lancashire ist das Reich von „King Cotton“, des Königs Baumwolle. In tausend Fabriken wird auf vielen Millionen Spindeln die überseeische Pflanzenfaser gesponnen und auf hunderttausenden Webstühlen verwebt, die aus Nordamerika und Brasilien, aus Indien und Aegypten über den Haupthafen Liverpool nach Manchester, dem Hauptsitz der englischen Baumwollindustrie und nach den übrigen Fabrikorten kommt, um in Form von Baumwollwaren wieder in die ganze Welt ausgeführt zu werden. Zwar befindet sich die Baumwollindustrie seit Jahren in einer schweren Krise, die Ausfuhr geht stetig zurück. Hunderttausende sind arbeitslos und werden kaum je wieder Arbeit finden, aber in Lancashire ist Baumwolle noch immer König. Diesem König zu Ehren wurde heuer im Frühjahr in Manchester ein „Cotton Pageant“ ein Baumwollefestspiel aufgeführt, das in einer Reihe von Bildern und Massenszenen, die mit Hilfe von 12 000 Mitwirkenden gestellt werden, die Geschichte der Baumwolle in England von ihrer Einführung durch flämische Weber im siebzehnten Jahrhundert bis zur heutigen Zeit in historischer Treue an dem Beschauer vorbeiziehen läßt. Zwei Bilder des Festspiels sind besonders bemerkenswert: die durch Tollers Drama bekanntgewordene Episode der Maschinenstürmer und die Schlacht von Peterloo. die, obwohl seither weit über hundert Jahre verflossen sind, noch heute in der Erinnerung der englischen Arbeiterschaft und in der Geschichte der sozialen Kämpfe in England fortlebt.

Das England des Frühkapitalismus.

Es war im Jahre 1819. Schwer lasteten auf dem englischen Volk zwei Mächte. der Frühkapitalismus und die politische Reaktion. Nach den napoleonischen Kriegen war wieder der Friede eingekehrt, aber schwere soziale Kämpfe kündigten sich an. England war der Heiligen Allianz nicht beigetreten, aber die Tories unter der Führung des Herzogs von Wellington und Lords Castlereagh geboten unumschränkt und hielten es für ihre Hauptaufgabe, die Ideen der französischen Revolution nicht über den Aermelkanal dringen zu lassen. Das arbeitende Volk lebte in Not und Elend, in einem Zustand der Unterdrückung und der fast vollkommenen Rechtlosigkeit. Alle Stellen in Verwaltung, Justiz und Heer waren den Söhnen der herrschenden feudalen Klasse vorbehalten, das verlotterte Königtum der vier Georges drückte das Land schwer. Die Landarbeiter waren gänzlich rechtlos, ein großer Teil von ihnen, den der Boden nicht mehr zu ernähren vermochte, war in die Städte abgewandert und bildete dort ein industrielles und gewerbliches Proletariat, das mitsamt der übrigen städtschen, an Zahl schon ziemlich ansehnlichen Bevölkerung vom Mitbestimmungsrecht ausgeschlossen und so gut wie ohne parlamentarische Vertretung war. Die parlamentarische Demokratie war nur Schein, das Parlament mit seiner Mehrheit eingekaufter Abgeordneter aus den „rotten boroughs“, den verfallenen Flecken, die nur als Wahlkreise, nicht mehr als wirkliche Orte existierten, eine reine Standesvertretung der Adels- und Grundbesitzerklasse; das von den Herrschenden verachtete, aber wirtschaftlich mächtig aufstrebende Bürgertum der Städte rang noch um seine Geltung. Das Volk lebte in tiefem Elend, von dem die Engelssche Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ ein Bild gibt; wie es um die Rechtspflege, um Armen- und Kinderfürsorge stand, hat die Welt schaudernd aus Oliver Twist und anderen Dickensschen Romanen erfahren. Die alten Gesetze waren unfaßbar grausam und barbarisch — Ueberreste dieser Grausamkeit und Barbarei haben sich bis heute erhalten — und zumal in Eigentumsdelikten von einer fürchterlichen Härte. Auf einfachem Diebstahl standen Galgen oder lebenslängliches Zuchthaus in Gefängnissen, in denen, gleichwie in Heer und Flotte, die „einfache“ Peitsche und die neunschwänzige Katze herrschten — sie sind im englischen Strafrecht noch heute nicht abgeschafft.

In fürchterlichen Slums hausten die Proleten, die in den Fabriken schufteten, das Elend der Weber von Lancashire stand jenem der schlesischen nicht nach. Die Weber, die ehedem ihre Baumwolle daheim in den trostlosen Weberdörfern von Lancashire und Yorkshire auf uralten Handwebstühlen in Heimarbeit gewebt, die Spinner und Spinnerinnen, die sie daheim auf uralten Spinnrädern gesponnen hatten, waren bereits in den nicht minder trostlosen, düsteren und stickigen Arbeitssälen der Webereien und der giftgefüllten Spinnfabriken zusammengepfercht, wo sie um Hungerlöhne bei schier unbegrenzter Arbeitszeit ohne jeden gewerblichen und sozialen Schutz fronten — unter ihnen Tausende von Frauen und Kindern, denn der Lohn eines Textilarbeiters reichte nicht hin, die Familie zu ernähren. Denn es war nicht nur eine Zeit der politischen Reaktion, es war auch die Zeit der ersten Anfänge des Frühkapitalismus in seinem krassesten, von der politischen Reaktion begünstigten Formen und beide verstanden sich vortrefflich. Kein Wunder, daß diese Zeit von sozialen Kämpfen erfüllt war, in denen das Volk um eine Besserung der grauenhaften Zustände rang.

Die Reformbewegung.

Nach der Niederwerfung Napoleons und der Wiederkehr des Friedens hatte in England eine Reformbewegung eingesetzt, die zunächst darauf abzielte, den bisher unterdrückten und vom Mitbestimmungsrecht ausgeschlossenen Klassen eine parlamentarische Vertretung zu sichern, gleichwie sie der „tiers etat“, der dritte Stand, in Frankreich von 1789 gefordert hatte. Vorläufig war es allerdings nur das besitzende Bürgertum, das — nicht auf Grund von Herkunft und Stand, sondern von Besitz und wirtschaftlichem Gewicht — seine politischen Ansprüche anmeldete. Die Arbeiterschaft, wenngleich bereits zahlreich genug, regte sich kaum noch, war eine unorganisierte Masse, die aber immerhin die dumpfe Empfindung hatte: „es geht um dich“, und die daher auch im Gefolge dieser bürgerlichen Reformbewegung einherzog. Sie war es im übrigen auch, die aus ihren namenlosen Reihen die Blutopfer der bürgerlichen Reformbewegung stellte, nur um sich nach geglückter Reform um ihre Ansprüche geprellt zu sehen und sich alsbald einer neuen Koalition der früher herrschenden Mächte Adel, Grundbesitz und Kirche mit dem neu emporgekommenen Bürgertum gegenüberzufinden. Die Reformer hielten im ganzen Lande beständig Meetings ab und hatten für den 16. August 1819 eine Versammlung auf freiem Felde nach St. Peters Field einberufen, einem riesigen Platze, der heute, längst verbaut, das Herz der Stadt Manchester bildet. An hunderttausend Menschen, zum großen Teil Textilarbeiter aus Manchester und aus ganz Lancashire waren dem Rufe gefolgt, unter ihnen tausende Frauen und Kinder. Und hier fand die denkwürdige „Schlacht“ von Peterloo statt.

Die Attacke.

„Ein Schlachten war's und keine Schlacht zu nennen.“ Denn einer unbewaffneten, wehrlosen Menge stand ein schwerbewaffneter Haufe gegenüber. Der Lordleutnant der Grafschaft Lancashire, Earl Fitzwilliam, ein dünkelhafter Hochtory, hatte auf die Nachricht von der Versammlung die Yeomanry von Manchester und Cheshire aufgeboten und bereitgestellt. Das war das Aufgebot aller waffenfähigen Freisassen und Pächter der Grafschaft, ihrer Angehörigen und Knechte, die in früheren Zeiten dem Lehnsherrn Gefolgschaft im Krieg zu leisten verpflichtet waren; seit der Schaffung der stehenden Heere waren sie eine Brachialgewalt der Orts- und Grafschaftsbehörden. Heute würde man sie eine Einwohnerwehr nennen, und ihr Zweck war im Jahre 1819 der gleiche wie heute: Besitz, Ordnung, Eigentum und die sonstigen „heiligsten Güter“ vor der Begehrlichkeit der Besitzlosen zu schützen. Sie waren in Zivilkleidung und trugen die hohen Zylinderhüte jener Zeit, aber man hatte ihnen Kokarden aufgesteckt — Hakenkreuz und Hahnenschwanz waren damals noch nicht erfunden —, sie mit Musketen und schweren Säbeln ausgerüstet und ihnen außerdem Brandy zu trinken gegeben. So lauerten sie, hinter der Mauer eines Gartens verborgen, an dessen Stelle heute das Midland-Hotel in Manchester steht. Was des weiteren geschah, ist darum bemerkenswert, weil er eine merkwürdige Aehnlichkeit der Verhältnisse des Jahres 1819 mit jenen unserer Zeit offenbart. Die Massen füllten St. Peters Field in Manchester. „Prediger“Hunt sollte die Ansprache halten. Hunt, ein begüterter Landbesitzer, war einer aus einer Anzahlredlicher, wohlmeinender Männer — unter ihnen waren, zahl ihrer Ehre sei es gesagt, auch einige Geistliche —, die eine Reform der verrotteten sozialen und politischen Verhältnisse erstrebten. Er hatte kaum zu sprechen begonnen, als die trunkene, von ihren Führern aufgehetzte und auf die Arbeiter scharf gemachte Yeomanry aus ihrem Hinterhalt hervorbrach, ohne Warnung zuerst eine Musketensalve in die dichtgedrängte Menge abgab und sie dann mit Säbeln attackierte. Eine entsetzliche Panik folgte. Elf Menschen blieben tot liegen, sechshundert wurden verwundet, von denen viele später ihren gräßlichen Wunden erlagen. Ein Aufschrei der Empörung ging durch ganz England. Hunderte von Protestmeetings fanden statt, die die Regierung nicht zu verbieten wagte; sie mußte sogar eine strenge Untersuchung und die Bestrafung der Schuldigen zusagen und Earl Fitzwilliam seiner Lordleutnantschaft entheben. Dann aber folgte eine Episode, die fast hundert Jahre später im dunkelsten wilhelminischen Deutschland ihre Neuauflage fand.

Der Dankbrief des Kronprinzen.

König von England war damals der bereits neunundfünfzig Jahre (seit 1760) regierende Georg der Dritte, ein idiotischer Greis, der bereits seit 1810 in unheilbarer Geisteskrankheit dahinsiechte. Für ihn führte die Regentschaft der Thronfolger Prinz von Wales, ein übles, beim Volk gründlich verhaßtes Subjekt, das später, nachdem es im Jahre 1820 als Georg der Vierte den Thron bestiegen hatte, außer durch seine Volksfeindlichkeit auch noch dadurch von sich reden machte, daß es gegen seine Gattin Karoline von Braunschweig vor dem Oberhaus einen — allerdings vergeblichen — Scheidungsprozeß anstrengte. Der Thronfolger nun nahm das Massaker von Peterloo — dieser Name war, in Anlehnung an das Waterloo von 1815, für das Gemetzel auf St. Peters Field sehr rasch im ganzen Land aufgekommen — zum Anlaß, an den Lordleutnant und an den Befehlshaber der Yeomanry ein Schreiben — damals gab es noch keine Telegramme — zu richten, in dem er den Urhebern des Gemetzels für ihr „entschlossenes und mutiges Eingreifen gegen einen aufrührerischen und gefährlichen Pöbel“ dankte. Wer erinnert sich hierbei nicht an ähnliche Kundgebungen Wilhelm des Zweiten und an das Telegramm, mit dem ein anderes übles Subjekt und gleichfalls Kronprinz, Festedruff, den Leutnant, der im elsässischen Zabern einen lahmen Schuster abgestochen hatte, beglückwünschte? Wer erkennt nicht in der Yeomanry von 1819 das Vorbild unserer heutigen Hakenkreuzler und Hahnenschwänzler? Der britische Kronprinz setzte es auch durch, daß der redliche Hunt verhaftet, vor eine bestochene Jury gestellt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, obwohl der bei dem Gemetzel anwesende Berichterstatter der „Times“ und ein Geistlicher, der Reverend Stanley, einer der Führer der Reformer, als Zeugen aussagten, daß Hunt kaum einige Worte gesprochen, daß es keinen Aufruhr gegeben und daß die Yeomanry das Volk ohne Anlaß angegriffen hatte. Hunt saß seine drei Jahre im Gefängnis von Ilchester ab, und was er dort sah und erlebte, veranlaßte ihn, nach seiner Freilassung eine Kampagne zur Reform der englischen Gefängnisse zu beginnen, in denen damals die fürchterlichsten Zustände herrschten. Die Reformbewegung, durch das Blut von Peterloo gedüngt, triumphierte ein Dutzend Jahre später in der Wahlreformbill von 1832, die das englische Wahlrecht änderte und dem Bürgertum Sitz und Stimme im Unterhaus gab; Manchester und Liverpool erhielten damals ihre ersten Abgeordneten. Beträchtlich langsamer setzte sich die Gefängnisreform durch, aber auch zu ihr war der erste Anstoß von Peterloo ausgegangen. Die Stätte des Massakers von 1819 ist heute zum größten Teil verbaut. An der Stelle, wo zwei zusammengeschobene Wagen Hunts Rednertribüne bildeten, steht heute die Freihandelshalle von Manchester, die im Jahre 1856 zur Erinnerung an die Aufhebung der Kornzölle errichtet wurde. Das Festspiel von Peterloo ist heuer zum erstenmal aufgeführt worden und die Arbeiterbevölkerung von Manchester und Lancashire hat dabei der Toten von 1819 gedacht.

Fo.



Paillard — Steherweltmeister

Bei den Radweltmeisterschaften in Rom konnte sich der Franzose Paillard in einem aufregenden Rennen vor den Deutschen Sawall und Möller den Titel des Steherweltmeisters holen.

Wurde Mickiewicz vergiftet?

Sensationelle Anklage nach 77 Jahren

Polens Nationaldichter Adam Mickiewicz gehört durch sein idyllisches Epos „Herr Thaddäus“, ein Werk romantischer Emigrantensehnsucht nach der Heimat, zu den Größen der Weltliteratur. Seine Landsleute verehren in ihm nicht nur den großen Poeten, sondern auch den Verkünder des vaterländischen Freiheitsgedankens, den Propheten der Wiederauferstehung des polnischen Staates. In den Dienst dieser Idee stellte Mickiewicz sein ganzes Leben. Als ihn 1855 in Konstantinopel der Tod ereilte, war er grade dabei, eine neue polnische Legion zu organisieren, die von der Türkei aus in den Krimkrieg gegen Rußland eingreifen sollte.

Man glaubte bisher, Mickiewicz sei damals ein Opfer der Cholera geworden. Jetzt tritt der führende polnische Literaturkritiker Boy-Zelenski, der schon eine ganze Anzahl von konventionellen Legenden der Literaturgeschichte erfolgreich angegriffen hat, mit der sensationellen Behauptung hervor. die Todesursache sei vielmehr ein politischer Giftmord gewesen. Diese Anklage, nach 77 Jahren erhoben, klingt so abenteuerlich wie Ludendorffs Behauptung von der Ermordung Schillers durch Goethe. Aber Boy-Zelenski stützt seine These nicht auf allgemeine Vorstellungen von „geheimen Mächten“ und ähnliches Brimborium, sondern auf ganz konkrete zeitgenössische Berichte.

Oberst Bednarczyk, der damals in Konstantinopel eng mit Mickiewicz zusammenarbeitete und mit seiner Unterstützung eine „jüdische Legion“ zu gründen suchte, hat eine Darstellung hinterlassen, die die Todesstunden des Dichters schildert. Der polnische Arzt Dr. Gembicki, den er an das Krankenlager von Mickiewicz holen wollte, weigerte sich zu kommen, und mußte mit vorgehaltener Pistole dazu gezwungen werden. Als er im Krankenzimmer erschien, war Mickiewicz schon tot, und der Arzt erklärte sofort: jetzt werde es heißen, er habe den Dichter vergiftet. Aber es gibt, wie Boy-Zelenski mitteilt, in einer großen polnischen Privatbibliothek noch weitere Original-Dokumente, die bestätigen, daß Mickiewicz vergiftet worden sei, und zwar „auf Veranlassung einer hervorragenden Persönlichkeit der Emigranten, die der Meinung war, Mickiewicz sei an einer Sache beteiligt, die ihn selbst und Polen mit Schande beflecke.“

Der Entdecker dieser Dokumente deutet auch zugleich an, worum es sich wohl bei dieser geheimnisvollen Sache gehandelt hat. Es ist seiner Meinung nach eben die Gründung jener „jüdischen Legion“ gegen Rußland gewesen. Der Gedanke, Polen mit Hilfe von Juden zu retten, wäre dem adlig-klerikalen Flügel der polnischen Emigranten unerträglich erschienen. Mickiewicz war diesen Kreisen schon wegen seiner Verbindung mit französischen Linkskreisen und wegen seiner Vorlesungen am Pariser „College de France“ verdächtig, deren Buchausgabe auf den Index gesetzt worden war. Seine Konstantinopeler Tätigkeit brachte ihn überdies noch mit gewissen Palästina-Plänen in Verbindung, die vom Hause Rothschild und anderen Pariser Banken gefördert wurden, die aber im Widerspruch zu den Wünschen des Vatikans standen. Unter diesen Umständn habe man es für richtig gehalten, den Dichter, der die Sache Polens von derjenigen der Kirche trennte und sie dafür in Verbindung mit jüdischen Bestrebungen brachte, kurzerhand aus dem Wege zu räumen.

In der polnischen Oeffentlichkeit hat diese Darstellung des hochangesehenen Literaturkritikers nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Aus der Fachpresse ist die Diskussion sofort in die Tageszeitungen übergegangen. Man fordert die Veröffentlichung der unbekannten Dokumente und erörtert mit größtem Temperament das Für und Wider des politischen Giftmordes an dem Dichter, dessen Verse jedes polnische Kind lernt und dessen Denkmal in jeder größeren polnischen Stadt zu finden ist. Schon jetzt hat Boy-Zelenski jedenfalls das eine erreicht: die Gestalt des großen Romantikers wieder mitten in den lebendigen Streit der Parteien und Richtungen hineinzustellen, an dem der Tote bei Lebzeiten selbst so leidenschaftlichen Anteil genommen hatte.

J. B.

Haben Blinde einen sechsten Sinn?

Eigenartige Versuche unternahm an sich selbst ein Dr. Dolansky, der im Alter von zehn Jahren durch einen Unfall erblindet war und später in Paris und Warschau Psychologie und Physiologie studierte. Er bemerkte, daß er bei der Annäherung an ein Hindernis ein eigenartiges Gefühl im Gesicht empfand, als werde darüber gestrichen oder gebürstet. Da dieses Gefühl auch vorhanden ist, wenn man auf das Gesicht Masken aufsetzt, kann es sich nicht um die Wirkung der vom Hindernis rückgestrahlten Wärme oder um Luftwirbel handeln. Dagegen hört die Erscheinung auf, wenn Watte ins Ohr gedrückt wird. Somit ist die Ursache wohl in erster Linie ein schwacher Widerhall der Schritte am Hindernis, den nur das feine Ohr des Blinden wahrnimmt. Dann folgen aus einem unbewußten Angstgefühl heraus Reflexbewegungen der Gesichtsnerven, ähnlich wie beim Sträuben der Haare, die das Gefühl im Gesicht verursachen.

Süddeutscher Demokratentag

Eine Rede von Reichsfinanzminister a. D. Dietrich.

Stuttgart. Auf einem süddeutschen Demokratentag in Bietigheim, n dem etwa 450 Vertreter aus Württemberg, Baden, Bayern, Berlin und Hamburg teilnahmen, sprach am Sonntag der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich vorwiegend über Wirtschafts- und Finanzfragen. Die Pläne der Reichsregierung auf Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen lehnte er entschieden ab, ebenso die Gewährung von Lohnzuschüssen. Eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten bezeichnete Dr. Dietrich als durchaus wünschenswert, damit der parlamentarische Weg beibehalten werden könne. — Der Württembergische Wirtschaftsminister Dr. Meyer erklärte u. a., in Süddeutschland bestehe schärfstes Mißtrauen gegen die Handhabung der Reichspolitik. Süddeutschland sei in der Frage der endlichen Zusammenfassung der Deutschen zu einer Nation zur Führung berufen.

Vermischte Nachrichten

Afrika wehrt sich, gegen die Afrika-Filme.

Afrika-Filme gehören heute zum beliebtesten Repertoire der großen und kleinen Kinos. Sie sind ihres Publikums sicher, sie erheben Anspruch darauf, „Kulturfilme“ zu sein, und Jugendliche haben Zutritt. Um so mehr wird man überrascht sein, zu hören, daß das Land selbst, dem diese Vorliebe gilt, lebhaften Einspruch gegen diese Art von Filmen erhebt und daß die Entfaltung der Kinoindustrie auf diesem Gebiete besonders die englische Regierung veranlaßt hat, eine Reihe von Maßregeln zu treffen, durch die der Mißbrauch des Landes, seiner Bevölkerung und sogar seiner Tiere beseitigt werden soll. Afrika wehrt sich gegen den Heuschreckenschwarm der Kamera und Tonfilm-Apparate, die es von Jahr zu Jahr mehr überfallen, um ihm seine letzten Geheimnisse zu entreißen, Geheimnisse, um die ein kleines opfermutiges Heer von Afrika-Forschern ein Jahrhundert lang heldenmütig geworben hat. Waren es zunächst die Forscher, die mit verschiedenem Erfolg Bilder des afrikanischen Lebens, der Menschen wie der wilden Tiere, mit ruhiger Geduld aufzufangen suchten, so ist ihnen jetzt ein Heer von begeisterten Liebhabern gefolgt, die ihre Afrikareisen im Auto und selbst im Flugzeug nicht für gelungen halten, wenn sie nicht auch eine Reihe von Filmaufnahmen mitbringen. Nicht immer geht es dabei ohne Schaden auch für den Wildjäger ab. So wird berichtet, daß vor kurzem ein solcher Jäger einen Löwen verwundet und gegen einen Baumstamm in die Enge gedrängt hatte und nun von dem vor Schmerzen wahnsinnigen Tier eine Nahaufnahme machen wollte. Er stellte seinen Apparat dicht vor dem todwunden Löwen auf, aber das Schauspiel war ihm noch nicht fesselnd genug, und er begann, das sterbende Tier durch Steinwürfe noch wilder aufzupeitschen. Da raffte sich das gepeinigte Tier zu einem letzten verzweifelten Sprunge auf, und der erbarmungslose Photograph mußte seine Aufnahme mit dem Leben bezahlen.

Andererseits gibt es genug Afrikafilme, mit deren Echtheit es eine eigene Bewandtnis hat. So sah man, wie ein englischer Berichterstatter erzählt, in Ostafrika kürzlich einen Film, dem eine afrikanische Geschichte zugrunde lag. Er war wohl zum Teil in den Landschaften aufgenommen, die den Hintergrund bildeten, aber dann hatte in den Filmateliers erst die Montage der Jagden stattgefunden. Man sah mehrere Szenen mit Löwen und anderen wilden Tieren, die augenscheinlich nur wenige Meter von der Kamera entfernt waren. Der Hintergrund des Urwaldes war sorgfältig photographiert worden und dann in Südamerika aufgebaut, worauf man Löwen aus dem Zoologischen Garten brachte, um eine höchst realistische Jagd dicht vor der Kamera bei Blitzlicht zu veranstalten. In einem anderen Film wurde eine Gesellschaft im Urwalde Afrikas, natürlich geschützt von gut bezahlten und höchst geübten weißen Jägern im Hintergrund von einem Rhinozeros angegriffen. Man sah, wie das Untier sich schwerfällig in die Szene hineinwälzte, bis ein geschickt angebrachter Schuß es zum Stillstehen zwang. Aber damit war der Hersteller noch nicht zufrieden. Das nächste Bild mußte eine Nahaufnahme des Tieres zeigen, dem das Blut aus dem Maule floß. Darauf fiel der nächste Schuß und man sah das Tier aufzucken und in seinem Blute verenden. Derartige Bilder mögen in den Kinos der amerikanischen oder europäischen Großstädte wirken, aber in Ostafrika, dessen Pflanzer das Großwild schätzen und seine Erhaltung wünschen, wurde die Szene mit lebhaften Aeußerungen des Ekels aufgenommen.

Ebenso wie gegen diese Art der Tierdarstellungen richtet sich der Protest Afrikas gegen die der Eingeborenen. Immer wieder sieht man die Tänze der Eingeborenen, die in voller Kriegsausrüstung vor der Kamera erscheinen und die den Tag mit einem großen Gelage beenden. Die ostafrikanische Regierung gibt sich aber seit Jahren die größte Mühe, diese großen Tanzveranstaltungen zurückzudämmen, und es erscheint nun unlogisch, daß jetzt die Bildjäger kommen und die Neger zu solch unerwünschten Aufführungen ermuntern. Um diesem Unfug zu steuern, sind neue Gesetze erlassen, nach denen die Herstellung eines Films nur gestattet wird, wenn vorher eine genaue Beschreibung mit Text der Behörde vorgelegt wurde. Sie schreitet ein, wenn irgendeine Gefahr für Menschenleben oder Grausamkeit für die Tiere zu befürchten ist. Es sind dabei Strafen bis zu 2000 Mark oder sechs Monate Gefängnis oder auch beides festgesetzt, wenn diese Gesetze überschritten werden.

Tintenfische.

Neapel. Hafenviertel. Markt. Ich sehe zwei dicke Leute an einem Verkaufsstand beobachtend stehen. Mit Kennerblick stelle ich fest: Sachsen. Ich schlendere darauf zu, postiere mich in der Nähe, lausche:

„Wassen das da?“

„Das missn Fische sein.“

„Fui Deiwl. Die sähn ja so glidschj aus.“

„Du, warde mal, jädzd weess'ch, was das für Viehzeuch is. Das sind geine richdchn Fische.“

„Da sind das wohl nachher falsche Fische?“

„Du mußd mich ausreden lassn. Das sind Dindnfische.“

„Schwimm die immerzu in Dinde rum?“

„Aejja. Die broduzieren Dinde.“

„Schwarze Dinde?“

„Nu nadierlich.“

„Das is absolud nich nadierlich. Warum missn die denn schwarze Dinde fabrizieren? Es gibd doch auch blaue Dinde.“

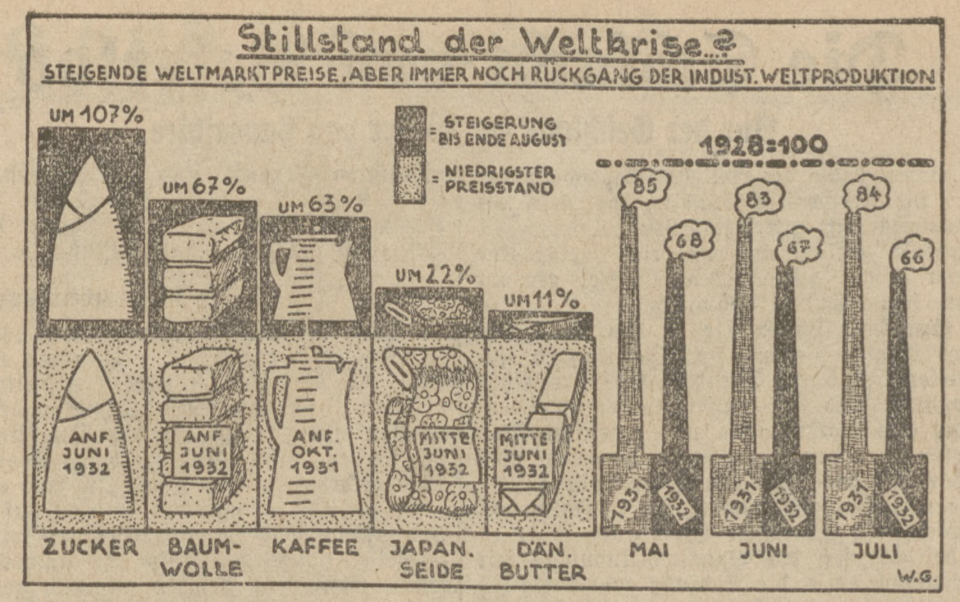
„Nein, die broduzieren schwarze Dinde.“

„Wieviel mach wohl so ä Fisch gosdn?“

Der Sachse wendet sich an den Verkäufer: „Gwanda gosda?“ Und deutet auf den Fisch.

„Tre Lire,“ ist die Antwort.

„Drei Lire! Der is wohl verriggd. Für drei Lire, da gann ich mir ja ä halben Liddr richdche Gobierdinde gaufen. Drei Lire für so ä lumbjn Fisch. Der will uns wohl reinlejn! Der dengd, mid uns gannr Schindludr dreibn.“ Entrüstet schiebt das Ehepaar ab. Ich höre noch, wie er wütend sagt: „Wahrscheinlich had uns der für Amerigganer gehaldn...“



Dürfen wir nun auf Besserung hoffen?

Das Institut für Konjunkturforschung findet in seiner Wirtschaftsprognose einen ersten Lichtblick: die Weltmarktpreise beginnen wieder langsam zu steigen; es scheint also, als ob jetzt der tiefste Punkt überwunden ist. Die Produktion jedoch geht immer noch weiter zurück, und auch eine Aussicht auf Besserung ist nicht abzusehen; hier ist also noch nicht der Stand erreicht, der der verminderten Nachfragen entspricht.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Dienstag, den 6. September. 12,20: Schallplatten. 15,10: Kinderfunk. 15,30: Etwas vom Fliegen. 16,40: Vortrag. 17: Populäres Symphoniekonzert. 18: Feuilleton. 20: Leichte Musik. 19,10: Verschiedenes. 20: Konzert. In der Pause: Literatur. 22,05: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Dienstag, den 6. September. 6,20: Konzert. 10,10: Schulfunk. 11,30: Wetter und Was der Landwirt wissen muß! 11,50: Konzert. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Kinderfunk. 16,30: Musikalische Autorenstunde. 17,20: Schallplatten. 17,45: Landw. Preisbericht und Rechtsfälle des täglichen Lebens. 18,05: Das wird Sie interessieren. 18,30: Vorlesung. 19: Abendmusik. 20: Pflanze und Klima. 20,30: Der Bauer im Liede. 21: Abendberichte. 21,10: Der Tag, bevor der Monsum kam. 21,50: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,10: Konzert.

Versammlungskalender

Arbeiterwohlfahrt.

Kattowitz. Am Montag, den 5. September, abends 6½ Uhr, findet im Saal des Zentralhotels eine Mitgliederversammlung statt, an welcher ein Bericht über das Zeltlager gegeben wird. Alle Eltern sind freundlichst eingeladen. Mitgliedsbuch oder Einladung ist mitzubringen.

Kattowitz. Zeltlageraussprache findet am Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, im Zentralhotel statt. Zutritt haben nur Kinder, welche im Lager „Westerwald“ waren.

Kattowitz. (Kinderchor.) Am Mittwoch, den 7. September, findet im Saal des Zentralhotels, um 7 Uhr abends, die 1. Singstunde statt. Bringt neue Teilnehmer mit!

Königshütte. (T. V. „Die Naturfreunde“.) Am Dienstag, den 6. September, abends 8 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Da die Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit ist, wird mit vollzähligem Erscheinen gerechnet.

Nikolai. (Ortsausschuß des A. D. G. B.) Aus triftigen Gründen findet die Ortsausschußsitzung erst am Sonntag, den 11. September 1932, vormittags 10 Uhr, im Lokal, Freundschaft statt.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Pielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.